

Dr. Helen Sibum

aus Deutschland



Stipendiaten-Aufenthalt in Chile

vom 15. Mai bis 19. Juni 2013

Am Scheideweg – Die Schüler- und Studentenbewegung in Chile

Von Dr. Helen Sibum

Chile, vom 15. Mai bis 19. Juni 2013



Inhalt

1. Ruhrgebietskind und Reisende – Über mich	651
2. Auf nach Chile, ¿cachay? Über meinen Stipendienaufenthalt	651
3. Recherche Glück	652
4. Jeden Tag eine Demo – „Vamos a Valpo“	654
5. Guillermo schaltet ab und die Studenten drehen auf	655
6. Die Schule bleibt zu	657
7. Zu Hause bei Familie López	658
8. Das Erbe der Chicago Boys	662
9. So nah und so fern	665
10. Kommt der „chilenische Frühling“?	667
11. Die „Pinguine“ und ihre Nachfahren	670
12. Die Kinder von Trañi Trañi	673
13. Oben und Unten in Concepcion	677
14. Die Uni-Lotterie	679
15. Die beiden Rodrigos	682
16. Eine Uni wird abgewickelt	684
17. Auf der anderen Seite der Bucht	688
18. Blick zurück und nach vorn	689

1. Ruhrgebietskind und Reisende – Über mich

In meiner neuen Heimat Frankfurt bin ich nun schon wiederholt am Zungenschlag als Ruhrgebietskind erkannt worden. Das hat mich überrascht, macht aber nichts, denn wahrscheinlich bleibt man im Herzen ohnehin eines. In Essen aufgewachsen, habe ich dort bei der Neuen Ruhr/Rhein Zeitung (NRZ) volontiert, nachdem mich das Studium der Germanistik, Anglistik und Politikwissenschaft nach Münster, Spanien und – nun ja – zurück ins Ruhrgebiet, nach Bochum, geführt hatte. Man muss auch loslassen können, und weil neben dem Revierherz auch das einer Reisenden in mir puckert, gab es immer mal wieder Abstecher: nach Dublin zur „Irish Times“, nach Berlin zum „Amnesty Journal“ und nach Australien, wo ich für meine Promotion zur deutschen und australischen Flüchtlingsdebatte recherchiert habe. Nach ein paar Jahren als Redakteurin bei der NRZ arbeite ich nun beim „DE Magazin Deutschland“ und betreue dort unter anderem den Regionalteil Lateinamerika.

2. Auf nach Chile, ¿cachay? Über meinen Stipendienaufenthalt

Wie die meisten spanischsprachigen Nationen Lateinamerikas erlauben sich auch die Chilenen ein paar sprachliche Extravaganzen. Die auffälligste besteht darin, jeden Satz mit ¿cachay? zu beenden, was sich in Deutschland je nach Region mit „ne?“, „gell?“ oder „woll?“ übersetzen ließe, vielleicht aber auch einfach mit: „Verstehst du?“. Unnötig zu erwähnen, dass der Redner von seinem Gegenüber keinesfalls eine Antwort erwartet. Vielmehr geht das ¿Cachay? meist unter in einem lebhaften Vortrag und bevor man überhaupt darüber nachdenken kann, was man hätte erwidern wollen, ist der andere längst drei Sätze weiter und beim nächsten ¿Cachay?. Nach sechs Wochen Chile kann ich dennoch mit einem gewissen Maß an Überzeugung sagen: Ja, ich verstehe. Zumindest ein bisschen besser. Ich verstehe besser, was im Jahr 2011 hunderttausende Schüler und Studenten auf die Straßen trieb und was sie heute noch so sehr bewegt. Ich verstehe besser, wo genau die Ungerechtigkeiten des chilenischen Bildungssystems liegen und wie es zu diesen Strukturen überhaupt erst kommen konnte.

Als ich im September 2012 als Rucksackreisende zum ersten Mal Chile besuchte und mehr oder weniger zufällig mit dem Thema in Berührung kam, schien mir das alles noch relativ unverständlich. Ich erinnerte mich, vor geraumer Zeit zu Hause ein paar kurze Meldungen über Studentenproteste in Chile und Berichte über die Wortführerin Camila Vallejo gelesen zu haben. Meine erste Reaktion war nun ungläubiges Erstaunen darüber, dass

die Jugendlichen offenbar immer noch auf der Straße waren. Zuhause hatte ich davon nichts mehr gehört. Als wir bei unserer Reise nun in Santiago ankamen, war der Protest jedoch allgegenwärtig. In der Hauptstadt waren gerade die jährlichen „Fiestas Patrias“ im Gange. Gleich neben den Flaggen in den Nationalfarben hingen die Protestbanner der Studenten, neben dem Festzelt vor dem Präsidentenpalast, in dem Staatsoberhaupt Sebastián Piñera sprach, skandierten die Jugendlichen ihre Parolen, argwöhnisch beäugt von der Polizei. Wegen der nationalen Feierlichkeiten war es ein besonderer Tag, und doch schienen die Proteste für alle Beteiligten eine gewisse Routine zu haben.

Ich wusste wenig über die Hintergründe der Demonstrationen, aber die Bilder der geschmückten Plätze und der Demonstranten mitten in dem blau-weiß-roten Fahnenmeer waren zu irritierend, als dass man sie schnell hätte vergessen können. Ich wollte wissen, was zu diesen Dauerprotesten geführt hatte und wie es für die Studentenbewegung weitergehen sollte. Welche Erwartungen, Hoffnungen, Aussichten auf Erfolg hatten die Jugendlichen?

Um sich in dieses Thema, das an das Innerste der chilenischen Geschichte und Kultur rührt, auch nur einigermaßen hinein arbeiten zu können, braucht man Zeit. Viel Zeit. Es zeichnet die Heinz-Kühn-Stiftung aus, dass sie ihren Stipendiaten genau diese Zeit gibt. In Chile ist mir bewusst geworden, dass ich in meinem journalistischen Alltag schon lange nicht mehr so tief eindringen konnte in ein Thema. Mit jedem Gespräch, mit jeder Begegnung versteht man ein Stück weit mehr, sieht die Dinge aus einer weiteren Perspektive, muss das bis dahin geformte Bild vielleicht erneut infrage stellen. Das ist nicht bequem, aber nötig, und ich hoffe, mir in meiner künftigen Arbeit einen Teil davon bewahren zu können.

3. Recherche Glück

Es gehört wohl zu den unvermeidlichen Erfahrungen vieler Kühn-Stipendiaten, gewissermaßen im Blindflug losreisen zu müssen. Wochenlang hatte ich mir die Finger wund geschrieben, um schon von zu Hause aus Kontakt zu Ansprechpartnern zu bekommen. Emails über Emails hatte ich verschickt, doch der Rücklauf war mager. Immerhin: Als ich aufbreche, habe ich in der Tasche eine Liste mit Telefonnummern, die Diego Zuñiga mir aufgeschrieben hat, ein ehemaliger chilenischer Stipendiat der Heinz-Kühn-Stiftung (unter den Nummern ist auch die seiner Mutter Berta – für den Notfall!). Außerdem hatte ich mit einem bekannten Soziologen der Universidad de Chile und Beobachter der Bewegung einen Interviewtermin vereinbaren können. Der Sprecher von Camila Vallejo, der Studentenfürherin von einst,

hatte mir lose ein Treffen zugesagt. Wann und wo? Mal sehen. Notgedrungen warf ich meinen deutschen Planungsdrang zugunsten südamerikanischer Gelassenheit über Bord und flog mit dem Gedanken los, dass der Rest sich vor Ort schon irgendwie finden würde. Zumal die Studentenproteste, so sagte ich mir, viele Menschen betreffen – und sei es nur, weil ihre eigenen Kinder studieren. Dass es aber so schnell gehen würde mit dem Kontakt zu Beteiligten, hatte ich nicht erwartet.

Die ersten Chilenen, mit denen ich nach der Landung in Santiago spreche – zwei Damen, die mich freundlicherweise auf ihrem Metro-Ticket vom Flughafen mit in die Stadt nehmen – entpuppen sich gleich als Dozentinnen der Universität von Concepción. Auf der Fahrt erzählen sie mir, wie sie die großen Aufstände 2011 und 2012 erlebt haben (mit Irritation, aber auch einem gewissen Verständnis), was sich im Bildungssystem seither konkret geändert hat (wenig) und dass in Concepción derzeit zwar nicht die Studenten, aber die Schüler auf der Straße seien. Auch ein Gespräch mit der dortigen Studentenvereinigung sei sicher lohnenswert, die gelte nämlich als eine der radikalsten Fraktionen im breiten Spektrum der Bewegung.

Ich gebe zu: Nach dieser günstigen Fügung zum Auftakt überlege ich kurz, mich einfach in die nächste Kneipe zu setzen und darauf zu warten, dass einer der Studentenfürher vorbeikommt, mache mich dann aber doch auf den Weg, um die Büros der Studentenvereinigungen der Hochschulen in Santiago abzuklappern. Die „Federaciones de Estudiantes“, die die Proteste organisieren, sind hochprofessionell aufgestellt und bringen sich regelmäßig in die politische Debatte ein. Mit den deutschen Allgemeinen Studierenden-Ausschüssen, den „Asten“, sind sie kaum zu vergleichen.

An der Universidad Católica de Chile habe ich Glück und treffe auf die Pressesprecherin der Studentenvereinigung Feuc, Verónica Muñoz. Spätestens seit dem bisherigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen vor zwei Jahren, als hunderttausende Studenten und ihre Unterstützer demonstrierten, haben fast alle Studentenvereinigungen fest angestellte Kommunikationsfachleute, die hier „periodistas“ heißen – Journalisten. Eigentlich wollen wir nur kurz in Muñoz' Büro gehen, um einen Termin für ein Interview mit dem Vorsitzenden der Vereinigung auszumachen, aber dann erzählt sie „zur groben Einordnung“ noch mal die ganze unselige Geschichte des chilenischen Bildungswesens, deren Grundzüge ich inzwischen kenne: wie sich unter Pinochet die Ultraliberalen Chicago Boys hätten austoben und das ganze System umfänglich privatisieren dürfen, wie Schule und Universität seither zu einem Geschäft geworden seien, in dem viele Familien nur unter erheblichen finanziellen Anstrengungen mitmischen können. Das gleiche gelte für das Schulsystem, das ebenfalls von privaten Anbietern dominiert wird. „Zwischen 100.000 und 400.000 Peso pro Monat kostet der Unter-

richt“, sagt Muñoz. „Gerade wird darüber diskutiert, das monatliche Mindesteinkommen auf 205.000 Peso zu erhöhen – daran kann man schon sehen, wie irrsinnig die Gebühren sind.“ An der Zukunft des Bildungssystems, glaubt die Sprecherin der Studentenvereinigung, wird sich die Zukunft des ganzen Landes entscheiden.

Fast drei Stunden lang berichtet sie, während die anderen Mitarbeiter nach und nach Feierabend machen und die Putzfrau um uns herum leere Kaffeetassen und Pappschachteln wegräumt und vorsichtig riesige Papierstapel hin- und herschiebt. Ganz abgesehen von der Erkenntnis, dass es – trotz aller Unterschiede – in den Büros der Federaciones genau so aussieht wie beim Asta, bekomme ich zum ersten Mal einen Eindruck davon, wie sehr das Bildungsthema die Menschen hier umtreibt, wie sie sich in verzweifelte bis entschlossene Rage reden, wenn man sie darauf anspricht. Und das gilt nicht nur für diejenigen, die – wie Verónica Muñoz – beruflich damit zu tun haben.

Das Glück dieses ersten Tages – es sollte mir fast die ganze Zeit in Chile über hold bleiben. Vielleicht war es aber auch nicht das Glück des Zufalls, sondern jenes Glück der Unabhängigkeit: Zeit zu haben, dorthin zu gehen, wohin der Weg einen führt – egal, wie lange es dauern mag und wo man ankommt. In Chile bin ich auf diese Weise immer wieder an die Richtigen geraten, obwohl ich sie vorher möglicherweise gar nicht im Blick hatte. Und zu manchem hat mich der Weg in diesem großen Land sogar zweimal geführt.

4. Jeden Tag eine Demo – „Vamos a Valpo“

„Piñera, dir bleiben vier Tage bis zur Ankündigung kostenfreier Bildung!“ Das Transparent, das die Studenten hochhalten, klingt ziemlich bedrohlich, ihr Auftreten ist es nicht. Die etwa 100 jungen Leute, die an diesem Mittag vor dem Präsidentenpalast „La Moneda“ in Santiago aufgezogen sind, hüpfen und lachen, während sie ihre Losungen vortragen. Die ebenfalls angerückten „Carabineros“ sehen eher gelangweilt zu, sie kennen das Schauspiel schon, es wiederholt sich dieser Tage regelmäßig um 12 Uhr. In vier Tagen wird Staatsoberhaupt Sebastián Piñera seine diesjährige Rede zur Lage der Nation halten. „Gerade jetzt ist es wichtig, dass wir auf unsere Anliegen hinweisen und Stimmung machen“, sagt Jurastudent Roberto (22), einer der Protestierenden. In seiner Fakultät an der Universidad de Chile haben sie wegen der anstehenden Rede für eine einwöchige „paralización“ votiert – das Studium ruht. Überhaupt haben die Studenten in den vergangenen Jahres feste Strukturen und Prozesse für ihren Protest entwickelt. Alles soll

möglichst demokratisch vonstatten gehen, ständig wird in irgendeiner Schule oder Fakultät über weitere Schritte abgestimmt. Der Protest verläuft in Abstufungen – mal spricht man nur Warnungen aus, mal beschließt man ein Unterrichtsmoratorium. Die Besetzung einer Institution ist die ultima ratio. Einmal belagert ist das weitere Schicksal der Institution von erneuten Abstimmungen abhängig. Die Belagerung aufgeben oder nicht? Wann? Unter welchen Bedingungen?

Doch zurück zu Roberto und seinen Kommilitonen mit ihrem temporären Ausstand. Statt Paragrafen zu pauken, zählen sie Präsident Piñera vor seiner mit Spannung erwarteten Ansprache einen Countdown. „Wir kommen jeden Tag“, sagt Roberto. Aus Sicht der Studenten ist die Rede zur Lage der Nation die letzte Möglichkeit des Regierungschefs, auf ihre Forderungen einzugehen. Ende des Jahres wird ein neues Staatsoberhaupt gewählt, Piñera kann gemäß der chilenischen Verfassung nicht unmittelbar für eine zweite Amtszeit kandidieren. Enttäuscht Piñera die Studenten in seiner letzten großen Rede, wollen sie in den nächsten Monaten und während des Wahlkampfes erneut verstärkt auf die Straße gehen. Die Appelle an Piñera sind insofern symbolisch, als dass niemand damit rechnet, dass der Präsident den Studenten tatsächlich in entscheidenden Punkten entgegenkommt. Das widerspräche seiner bisherigen Politik. Auf die studentischen Forderungen ist er in den vergangenen Jahren allenfalls in homöopathischen Dosen eingegangen, und er wird diese Linie, so heißt es, nicht verlassen, erst recht nicht wenige Monate vor den Wahlen.

Klar, dass für die kommende Woche, wenn Piñera spricht, bereits ein großer Aufmarsch in Valparaíso geplant ist. In der rund 130 Kilometer von Santiago entfernten Hafenstadt, die die Chilenen nur „Valpo“ nennen, sitzt der Nationalkongress. Vor dessen Mitgliedern wird Piñera sprechen. Das heißt auch für mich: „Vamos a Valpo.“

Während die Studenten ihr Transparent wieder einrollen, baut sich ein paar Meter weiter eine andere Gruppe junger Leute auf. Allesamt in gelbe Overalls gekleidet, recken sie auf ein Kommando die Hände gen Himmel. Noch eine Protestaktion? „Nein“, sagt eine Frau, „eine künstlerische Intervention von Architekturstudenten.“ Mangelnde Beweglichkeit kann man den chilenischen Studenten jedenfalls nicht vorwerfen.

5. Guillermo schaltet ab und die Studenten drehen auf

Guillermo macht keinen Hehl daraus, was er von Sebastián Piñera hält. „Mentiroso!“, schimpft der alte Mann – Lügner. Auf dem Fernseher in Guillemos Kiosk in Valparaíso läuft die Übertragung der Rede zur Lage der

Nation, die der chilenische Präsident gerade ein paar Straßenzüge weiter im Kongress hält. Fast drei Stunden lang spricht Piñera an diesem Morgen, schließlich ist es die letzte große Rede seiner zu Ende gehenden Amtszeit. Die Bilanz des Staatsoberhauptes fällt erwartungsgemäß positiv aus, große Fortschritte habe das Land gemacht. „Chile ist heute ein besseres Land, um dort zu leben, zu lernen, zu arbeiten“, verkündet Piñera.

Guillermo mag all das nicht hören. Er schaltet den Fernseher schon nach einer Viertelstunde aus. Weder in der Bildung noch in der Gesundheit oder in anderen wichtigen Bereichen habe sich etwas verbessert, sagt er und erzählt von seiner kranken Frau, die kaum mehr die Stufen zur Wohnung hinaufkomme. Doch vom chilenischen Gesundheitssystem, das ebenso wie das Bildungswesen größtenteils privatisiert ist, sei für Familien wie die seine nicht viel zu erwarten. „Piñera interessiert sich doch nur für sich selbst und seine reichen Unternehmerfreunde“, klagt der Ladenbesitzer über den Präsidenten, der Miteigentümer der Fluggesellschaft „Lan“ und einer der wohlhabendsten Männer des Landes ist. Mit seinem Unmut sei er nicht der einzige, betont Guillermo, doch trösten kann ihn das nicht, es macht ihn eigentlich nur noch wütender. „Plötzlich will ihn keiner mehr gewählt haben!“

Seine Hoffnungen setzt Guillermo auf Michelle Bachelet, die bei den Präsidentschaftswahlen Ende des Jahres für die Sozialistische Partei antritt. Schon einmal, von 2006 bis 2010, führte sie die Regierung. Eben noch hat Guillermo beinahe weinen müssen, als er von seiner kranken Frau und den Tücken des Gesundheitssystems erzählte. Wenn er über Michelle Bachelet spricht, zeigt sich in seinem von Ärger und Frust verzerrten Gesicht plötzlich ein Strahlen. „Was Michelle sagt, kommt von Herzen.“

Die Studenten, die sich ganz in der Nähe zu einem Protestmarsch in Richtung Kongressgebäude versammeln, sehen das in der Mehrheit etwas anders. Sie teilen Guillemos Kritik am amtierenden Präsidenten und seiner Mitte-Rechts-Regierung, aber auch zu den anderen Parteien haben viele von ihnen keinerlei Vertrauen. Das gilt auch für die Sozialisten und Michelle Bachelet. Auf der Plaza de la Victoria, wo die Demonstranten zusammenkommen, wird mit Handzetteln für eine populäre Kampagne zur Nicht-Wahl geworben: „Yo no presto mi voto“ – Ich gebe meine Stimme nicht her. Neben den jungen Leuten strömen immer mehr Lehrer und Gewerkschafter herbei, gemeinsam haben sie zu dem Marsch aufgerufen. Riesige Banner werden ausgerollt, eine Gruppe von Schülern mit weiß geschminkten Gesichtern und Tornistern auf dem Rücken führt eine Art Protest-Performance auf. Doch ein Spiel ist der Demonstrationszug nicht. Später fliegen Steine und Molotov-Cocktails, Polizeimotorräder gehen in Flammen auf. Die Carabineros setzen Wasserwerfer und Tränengas ein, noch Tage danach wird in

den Medien Schadensanalyse betrieben, schieben Polizei und Demonstranten sich gegenseitig die Schuld für die Eskalation zu. Guillermo hat seinen Laden rechtzeitig verrammelt.

6. Die Schule bleibt zu

Eigentlich soll ich mich an diesem Mittag beim Rektor des „Instituto Nacional“ melden, einer großen weiterführenden Schule im Zentrum Santiagos. Ich möchte wissen, wie staatliche chilenische Schulen von innen aussehen. Sie haben im Vergleich zu den privaten oder halbprivaten Einrichtungen, die das System dominieren, einen schlechten Ruf – wer auf eine öffentliche Schule geht, hat eigentlich schon verloren. Das Instituto Nacional nimmt allerdings eine Sonderrolle ein. Die Schule gilt als eine der angesehensten des Landes, hat eine lange Tradition und schon manchen chilenischen Präsidenten und andere bekannte Persönlichkeiten hervorgebracht. Jedes Jahr bewirbt sich eine Vielzahl mehr Kinder, als die Schule Plätze hat. Wie es sich in dieser sagenumwobenen Bildungseinrichtung lernt, werde ich allerdings vorerst nicht erfahren, jedenfalls nicht aus eigener Anschauung. Als ich ankomme, ist das Tor geschlossen und mit Stühlen aus den Klassenzimmern blockiert – die Schüler haben das Gebäude besetzt. Da sind wir also wieder mitten im Thema.

„Wir haben gestern eine Abstimmung gemacht, gut 4.000 von 4.400 Schülern haben sich daran beteiligt, fast 60 Prozent waren für die Besetzung“, sagt Ignacio. Gemeinsam mit anderen Jugendlichen hockt der 17-Jährige vor dem Tor und lässt niemanden ins Gebäude außer seiner Mitschüler. Drinnen beginnt gleich eine Versammlung, bei der sie das weitere Vorgehen besprechen wollen. Ihre Uniform mit dem Wappen des Instituto haben die meisten Schüler an diesem Tag zu Hause gelassen, auch Ignacio trägt sportliche Kleidung. Der Streikposten neben ihm klimpert auf der Gitarre, es wird geraucht und gelacht. Diese Revolution scheint eine entspannte Angelegenheit zu sein. Doch den Streikenden ist es ernst. „Die Besetzung ist die einzige Möglichkeit, auf die Missstände aufmerksam zu machen“, sagt Ignacio. Als da wären? „Defizite in der Administration, Lehrermangel und vieles mehr.“ Ich bin überrascht. Steht das Instituto Nacional im Vergleich zu anderen Schulen nicht deutlich besser da? „Wir machen das auch aus Solidarität mit anderen colegios, aber die Probleme sind überall, sogar hier.“

Ein paar Meter vom verbarrikadierten Schultor entfernt sitzt María Inés Alvarado Vigar auf einer Bank in der Sonne. Sie wartet auf eine Lehrerin des Instituto, mit der sie zum Mittagessen verabredet ist. Bis vor Kurzem hat Alvarado Vigar selbst an der altherwürdigen Schule unterrichtet, mehr

als 30 Jahre lang arbeitete sie dort als Kunstlehrerin. Während sie davon erzählt, kommen immer wieder ehemalige Schüler auf sie zu, die Begrüßung ist herzlich. Ein kurzes Gespräch, dann verschwinden die Jugendlichen wieder im Gebäude und Alvarado Vigar nimmt erneut ihren Wartepplatz auf der Bank ein. „Die Kinder sind wunderbar, aber die Schule ist es nicht mehr“, sagt die vornehm gekleidete Pädagogin, deren Familie – wie viele in Santiago – sich eng mit dem Instituto verbunden fühlt. Schon ihr Vater sei hier zur Schule gegangen, ebenso ihr Bruder, und wäre das Instituto offen für Mädchen, auch sie selbst hätte es wohl besucht. „Im Moment würde ich es niemandem mehr empfehlen.“ Alvarado Vigar unterstützt den Protest der Jugendlichen, die Probleme seien real. „Alles geht den Bach runter.“ Vor allem die Infrastruktur der Schule hält sie für katastrophal.

In der Tat hatte ich mich bei einem früheren kurzen Gang durchs Gebäude gewundert. Dass die Standards mit denen anderswo nicht zu vergleichen sein würden, hatte ich erwartet – nicht aber, dass Chiles prestigeträchtigste staatliche Schule dermaßen trist aussieht. Der Zustand des Gebäudes steht in krassem Gegensatz zu dem großen, stolzen Banner in der Eingangshalle, auf dem in US-amerikanischer Manier alle Schüler des neuen Jahrgangs im Bild zu sehen sind. Im Treppenhaus prangen Graffiti an den Wänden: „Chao Rector“. Aus meinem Rundgang und dem Gespräch mit dem Schulleiter wird wohl vorerst nichts. Ich fürchte, er hat jetzt andere Sorgen.

7. Zu Hause bei Familie López

Studieren ist fast nirgendwo auf der Welt so teuer, wie in Chile – viele Universitäten sind in privater Hand und auch die Gebühren der staatlichen Hochschulen sind mitunter happig. Die zunehmende Ökonomisierung des Bildungssystems ist Kern der Kritik jener großen Zahl von Schülern und Studenten, die seit Jahren immer wieder ihre Klassenräume und Fakultäten lahmlegen und auf die Straße gehen.

Was bedeuten die hohen Bildungskosten konkret für eine „normale“ chilenische Familie? Um das zu erfahren, bin ich zu Gast bei Mónica Lopez in Maipú, einem Vorort ganz im Westen Santiagos. In Maipú leben vor allem Familien, die aus chilenischer Sicht zum Mittelstand gehören. Doch auch sie fühlen sich mit den Kosten für die Lebenshaltung im Allgemeinen und die Bildung im Besonderen überfordert. Ja, eigentlich empfinden sie selbst sich oft sogar als arm. Mónica Lopez ist dieses merkwürdige Missverhältnis bewusst. Sie erzählt von einem Besuch kürzlich auf dem Wochenmarkt in ihrer Gegend und einem Gespräch mit dem Fischhändler. Groß und dick waren die Fische, die vor ihm auf dem Verkaufstisch lagen. Ob er auch kleine-

re Fische habe, wollte Mónica López von ihm wissen, woraufhin der Mann verneinte. Auf diesen Markt bringe er immer die größeren Fische mit, hier wohnten schließlich „die Reichen“. Die kleinen Fische verkaufe er anderswo. Wie arm müssen die Menschen dort erst sein, fragte sich Mónica López, wenn wir doch schon so sehr aufs Geld achten müssen? López ist 52 Jahre alt, sie hat vier Kinder und ist alleinerziehend. Ihre Tochter ist 31, hat ihr Studium bereits beendet und lebt im Ausland. Die beiden ältesten Söhne, 21 und 24 Jahre alt, gehen zur Uni. Der Jüngste – Cristóbal, 16 Jahre alt – ist noch Schüler. An diesem Nachmittag kommt er erst spät nach Hause. Nun könnte man meinen, dass gerade ein Teenager wenig Lust hat, einer Fremden aus Deutschland von seinen Erfahrungen mit dem chilenischen Bildungssystem zu erzählen. Doch weit gefehlt. Immer wieder bin ich erstaunt, wie politisch schon die ganz jungen Leute hier auftreten, und Cristóbal ist alles andere als eine Ausnahme. An diesem Samstag kehrt er gerade aus dem Instituto Nacional zurück – jener Schule im Zentrum von Santiago, die die Schüler seit vergangener Woche besetzt halten. Auch Cristóbal geht dort zur Schule, nun gehört er zum harten Kern der Besetzer. Etwa 60 bis 70 Jungen sind dauerhaft im Gebäude, erzählt Cristóbal, auch er hat die letzten Nächte dort verbracht. Er hat in der Küche Gemüse geschnibbelt, um die Protestler zu versorgen, und er hat in verschiedenen anderen Kommissionen mitgearbeitet, die sie drinnen gebildet haben – für Versorgung, Information, Sicherheit und alles, was sonst noch zu organisieren ist.

Am nächsten Tag wird Cristóbal zurückgehen in die Schule – nach einer Dusche und einer Nacht im eigenen Bett. Jetzt wirft er seine Tasche und den Schlafsack in die Ecke, setzt sich zu uns und beginnt zu erzählen: von tausenden Stunden Unterrichtsausfall, von Fördergeldern an die Schule, die nach Meinung der Jungen irgendwo versickern, von ihrer Wut auf den Rektor, der sich nicht einmal dann vor seine Schüler gestellt habe, als das Instituto vergangenes Jahr nach einer Besetzung von der Polizei geräumt wurde. Doch Cristóbals Kritik ist umfassender – er liest viel, derzeit die Schriften des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire, und er ist zu der Überzeugung gelangt, dass die Bildung, die Schüler in Chile bekommen, schon vom Ansatz her falsch ist: zu viel Frontalunterricht, zu wenig Raum für eigenständiges Denken. „Sie bereiten uns nicht aufs Leben vor, sondern auf eine Prüfung. Sie fördern nicht den Gemeinschaftssinn, sondern den Wettbewerb unter den Schülern – das entspricht der Philosophie der Eliten in Chile, nicht den Werten, auf denen diese Schule fußt.“ Drinnen, im besetzten Instituto, sei jetzt alles anders, schwärmt Cristóbal. „Ein Mikrokosmos der Demokratie.“ Gerne sähe er dieses Modell auf das gesamte System übertragen – ja, am liebsten übernehme er diesen Job selbst. „Ich wäre gerne Bildungsminister“, sagt er und lacht, aber man hat keinen Zweifel, dass er es genau so meint.

Mónica López hört den Ausführungen ihres Jüngsten ruhig zu und nickt. Die Bankangestellte ist stolz auf ihre Kinder und sie unterstützt ihren Protest. Selbstverständlich mache sie sich Sorgen, aber die Bürgermeisterin von Santiago habe versprochen, dass das Instituto diesmal nicht geräumt werde wie bei der jüngsten Belagerungsaktion. Deshalb habe sie Cristóbal erlaubt, dort zu übernachten, sagt Mónica. Zu Zeiten der Pinochet-Diktatur habe sie selbst häufig an Demonstrationen teilgenommen, unangenehme Begegnungen mit der Staatsmacht sind ihr nicht fremd. „Einmal haben sie mich fast totgeschlagen.“

Die Situation im Bildungssystem macht auch die alleinerziehende Mutter wütend. Es grenze an ein Wunder, dass wohl alle ihre Kinder werden studieren können. „Superwoman“, erzählt sie, werde sie von ihren Bekannten genannt. Alle wollen wissen, wie sie das nur gemacht habe. Sie winkt ab. Ihr Glück sei, dass sie so ungemein kluge Kinder habe. Cristóbal und seine Geschwister profitieren von dem komplizierten staatlichen Stipendiensystem. Als Reaktion auf die Studentenproteste der vergangenen Jahre hat die Regierung das Budget für diese Stipendien erhöht. Es ist eines der wenigen Zugeständnisse, die die Regierung Piñera gemacht hat. Den Studenten reicht das nicht, für sie sind solche Maßnahmen Augenwischerei. Sie wollen nicht mehr Geld für ein System, das sie für grundlegend ungerecht halten, sondern umfassende, strukturelle Reformen.

Auch Pablo, mit seinen 24 Jahren Mónica López' ältester Sohn, war vergangenes Jahr sechs Monate lang auf der Straße statt im Hörsaal. Dabei ist Pablo auf den ersten Blick von einem Protestler weit entfernt. Der Architekturstudent ist das Gegenteil von seinem jüngsten Bruder Cristóbal, der ohne Punkt und Komma redet und immer wieder Argumente nachliefert, die ihm in seinem Redefluss vorher nicht eingefallen waren. Pablo ist ruhig, bedächtig, spricht leise. Doch seine Kritik, seine Sorgen sind die gleichen. Er erzählt von seiner Fakultät, in der es zwar tolle Professoren gebe, die sonstigen Lernbedingungen aber kaum akzeptabel seien. Und das, obwohl Pablo dank seines guten Schulabschlusses an der Universidad de Chile studiert, einer der renommiertesten staatlichen Universitäten. Das sechsjährige Studium kostet etwa 2,4 Millionen Peso pro Jahr, rund 3.500 Euro. Für eine Familie wie die seine ist das sehr viel. Dank des staatlichen Stipendiums muss seine Mutter lediglich eine monatliche Gebühr von 100.000 Pesos bezahlen – rund 150 Euro. Mónica López' früherer Ehemann beteiligt sich an den Kosten. Und doch war es nicht immer einfach, das Geld zusammenzutragen, sagt sie. Mehr als einmal war das Konto im Minus – eine missliche Lage, die vom chilenischen Staat übrigens nicht unbemerkt bleibt. In Chile existiert eine Art Ratingagentur für Privatleute, die verschuldete Familien entsprechend bewertet und ihnen das Leben noch etwas schwerer macht.

Hinzu kommt: Das Geld, das Pablo vom Staat erhält, muss er nach dem Studium zurückzahlen – unabhängig davon, ob er einen Job hat oder nicht. Was ihm deshalb ein wenig Sorge macht, weil es in Chile Architekten gibt wie Sand am Meer: eine Folge des Booms privater Universitäten, die völlig frei darin sind, welche Studiengänge sie in welchem Umfang anbieten. Auch in anderen Berufszweigen hat das längst zu einer Schwemme von Absolventen geführt. Meine Freundin Javiera arbeitet als Psychologin in der Personalabteilung eines Unternehmens, gemeinsam mit sechs weiteren Psychologen. Einer davon hat, wie sie, an einer namhaften öffentlichen Universität studiert, die anderen kommen von privaten Hochschulen. „Manchmal fällt es mir schwer zu glauben, dass wir das gleiche Fach studiert haben“, klagt Javi nach einem anstrengenden Tag. Die Kollegen seien mit vielen Aufgaben völlig überfordert.

Doch zurück zu Familie López und dem ältesten Sohn Pablo: Als künftiger Absolvent der Universidad de Chile dürfte er auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen haben. Seine berufliche Zukunft sieht er allerdings nicht in der Megacity Santiago, auch wenn hier der Bedarf am größten ist. „Ich möchte lieber in einer der Regionen arbeiten“, sagt Pablo. Es widerstrebt ihm, dass in Chile alles auf Santiago blickt. „Unser Land ist in vielerlei Hinsicht zu zentralisiert.“ Auch der mittlere Sohn von Mónica Lopez, Matias, hat es auf eine der anerkannten öffentlichen Universitäten in der Hauptstadt geschafft, die Universidad de Santiago. „Private Hochschulen hätte ich mir für meine Kinder auch überhaupt nicht leisten können“, sagt López. „Die Nachbarn haben beide Kinder auf einer privaten Uni – ich weiß gar nicht, wie sie das machen, sie haben auch nicht mehr Geld als wir. Wahrscheinlich sind sie bis zum Hals verschuldet.“

Wie Mónica López' drei älteste Kinder wird auch ihr jüngstes, Cristóbal, aller Voraussicht nach einen Platz an einer guten staatlichen Universität ergattern. Vorher allerdings stehen noch die sogenannten „pre-universitarios“ an. In Chile ist es üblich, nach der Schule ein Jahr lang Vorbereitungskurse zu besuchen, um sich fit zu machen für die „Prueba de Selección Universitaria“, kurz „PSU“. Diese Prüfung entscheidet darüber, ob die Jugendlichen Chancen auf Aufnahme an einer der beliebten staatlichen Hochschulen haben oder ob ihre Eltern ebenfalls viel Geld in die Hand nehmen müssen, um ihre Kinder auf eine private Uni zu schicken. Je mehr Punkte in der PSU, desto größer die Aussicht auf gute Bildung und damit auf eine berufliche Perspektive. Der Druck ist enorm. Wer als Kind schon auf eine vergleichsweise schlechte, weil von einer armen Kommune finanzierte Schule gegangen ist, dürfte im Laufe seiner Bildungskarriere immer weiter abgehängt worden sein und kaum noch Hoffnungen haben, wenn es auf die Zielgerade und in die PSU geht.

Die „pre-universitarios“, die die Kinder befähigen sollen, in der PSU eine möglichst hohe Punktzahl zu erreichen, sind wiederum ein Geschäft für sich. Auch hier ist das System von privaten Anbietern dominiert. Kinder, deren Eltern sich die besten und damit teuersten „pre-universitarios“ leisten können, sind klar im Vorteil. Ironie des Ganzen: Cristóbal, der kluge Kopf aus einfachem Hause, wird die besten Kurse wahrscheinlich umsonst bekommen. Kindern, die in der PSU aller Voraussicht nach Höchstwerte erzielen werden, schenken die Unternehmen gerne die Stunden – die guten Ergebnisse ihrer Schüler verbessern ihre eigene Bilanz und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt. Sie werben mit den Punktzahlen ihrer Teilnehmer. Auch die Höhe der staatlichen Förderung, die diese Institute bekommen, ist von den Ergebnissen abhängig. Pablo, Mónica López' ältestem Sohn, sponsorte man seinerzeit ebenfalls einen Teil der Vorbereitungskurse. Ihm und seinem Bruder ist schmerzlich bewusst, dass sie von einem System profitieren, das sie für zutiefst ungerecht halten. Doch solange die Dinge in Chile so sind, wie sie sind, so lange Cristóbal nicht Bildungsminister ist – was will man anderes machen als mitzuspielen? Mutter Mónica nickt seufzend. Sie weiß, dass die PSU nicht nur über die Universitätsausbildung ihres Sohnes entscheidet, sondern über viel mehr als das. Ihre Arbeit in der Bank macht ihr das ständig bewusst. Längst nicht jeder Kunde bekommt bei ihr einen Kredit. Welche Hochschule ein Kreditnehmer besucht hat, spielt bei der Bewertung durch die Bank eine erhebliche Rolle. „Wir diskriminieren dort jeden Tag.“

8. Das Erbe der Chicago Boys

Mit seinem Rucksack und dem Jeans-Outfit fällt Diego Vela kaum auf zwischen den Jungen, die sich vor dem Instituto Nacional versammelt haben, ihrer besetzten Schule. Doch die Fernsehleute erkennen Vela sofort und richten ihre Kameras auf den jungen Mann. Vela (25) ist Vorsitzender der Studentenvereinigung der Universidad Católica und damit eines der aktuellen Gesichter der chilenischen Studentenbewegung. Er ist gekommen, um seine Solidarität mit den Schülern auszudrücken. Gemeinsam fordern sie einen fairen Zugang zu Bildung, mehr Qualität von Lehre und schulischer Infrastruktur, die Abkopplung des Systems von wirtschaftlichen Interessen. Vela ist auf dem Sprung, wie eigentlich immer seit seinem Amtsantritt zu Beginn des Jahres. Ein kurzes Interview mit dem Fernsteam, ein paar Worte mit den Schülern, dann eilt er weiter – auf dem Campus seiner Uni ganz im Süden der Stadt erwartet ihn eine Podiumsdiskussion. An der Alameda, Santiagos lärmender, von Abgasen vernebelter Hauptverkehrsstraße,

hechtet Vela in den Bus, am Ohr das Handy, das dieser Tage im Fünfminutentakt klingelt. Meistens ist Verónica Muñoz am Telefon, die Pressefrau der Studentenvereinigung, die weitere Termine durchgibt, oder ein Journalist, der eine Reaktion auf die Rede zur Lage der Nation von Staatspräsident Piñera haben will. „Piñera hat uns in seiner Rede einmal mehr den Rücken zugekehrt“, spricht Vela in sein Handy. „Er versteht Bildung als Geschäft und betreibt eine Politik der Segregation.“ Gemeinsam mit den Vertretern der anderen großen Universitäten in Chile ruft Vela nun dazu auf, die Proteste zu verstärken.

Was die jungen Leute antreibt, ist freilich nicht in erster Linie die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik, sondern mit althergebrachten Strukturen. In Velas Fall ist es sogar eine Art persönliches Erbe, das sein Engagement begründet: Als Wirtschaftsstudent der Universidad Católica gehört er genau der Fakultät an, die einst die „Chicago Boys“ hervorbrachte, jene Gruppe junger chilenischer Ökonomen, die in den 1950er- und 60er-Jahren in den USA studierten und zu Anhängern von Milton Friedmans Theorien des freien Marktes wurden. Unter Pinochet durften sie Chile gewissermaßen zu einem Laboratorium des Neoliberalismus machen. Die Folgen der weitreichenden Privatisierungspolitik sind bis heute spürbar – „nicht nur im Bildungssystem, sondern in vielen Bereichen“, sagt Vela.

An der Haltestelle vor seiner Wohnung im Herzen Santiagos springt der junge Mann aus dem Bus – „nur schnell meine Sportsachen holen“. Velas Wohnung liegt nicht nur mitten in der Innenstadt, sondern auch direkt gegenüber dem Haupthaus der Universidad Católica und strategisch günstig zwischen den anderen großen Universitäten in Santiago. Die karge Etagenwohnung mit den undichten Fenstern ist in den vergangenen Monaten zur inoffiziellen Zentrale der Studentenvertreter geworden. Lange Abende haben sie hier verbracht, diskutiert, gestritten, sich gegenseitig Hoffnung gemacht. An der Wand im sparsam eingerichteten Wohnzimmer hängen lauter kleine Klebezettel mit kurzen Botschaften, Sinnsprüchen, Nonsens. Seine „Wall of fame“ nennt Vela die Zettelsammlung augenzwinkernd. „Gracias por tu liderazgo, Diego“ steht auf einem der Zettel – „Danke für deine Führung, Diego“.

Das Führen, Organisieren, Netzwerken und Repräsentieren kostet freilich Zeit. Auch die Abstimmung innerhalb der „Confech“ (Confederación de Estudiantes de Chile), dem Verbund der einzelnen Studentenvertretungen, ist bisweilen aufwendig, sagt Diego. „Manchmal ist es schwierig, zu einer Einigung zu kommen. Auch innerhalb der Confech gibt es Links und Rechts.“ Die Studentenvereinigung der Universidad Católica, die Vela vertritt, gilt als liberales Scharnier, Vela fällt oft die Vermittlerrolle zu. Das Engagement ist ein Vollzeitjob. Auch wenn Vela noch nie so nah an der Univer-

sität wohnte wie in diesem Jahr, muss sein Studium derzeit ruhen, genau wie so ziemlich alle privaten Aktivitäten. Nur auf den Sport mag er nicht verzichten, sagt der junge Mann, nachdem er seine Sachen gepackt hat. „Sonst würde ich verrückt werden.“ Mit der Trainingstasche über der Schulter geht es in die Metro, noch eine knappe Stunde bis zum Beginn der Debatte, an der Vela teilnehmen soll. In der Runde werden auch Vertreter von Gewerkschaften und anderer Gruppen sitzen.

Ist es nicht ermüdend, immer wieder die Protestflagge hochzuhalten, ohne konkrete Erfolge zu sehen? „Nein. Gerade 2011 war ein fundamental wichtiges Jahr in der Geschichte dieses Landes. Wir haben es geschafft, die Leute aufzuwecken. Das zählt viel mehr“, sagt Vela, während er über den belebten Campus läuft, vorbei an seinen Kommilitonen, von denen viele ihn grüßen, vorbei an der mit bunter Kreide beschriebenen Wand, die Studenten aufgestellt haben, mit Bitte um kreative Beiträge: „Bevor ich sterbe, will ich...“ Was will Diego Vela vom Leben? „Demnächst erstmal Ruhe“, sagt er und lacht. Bei seinen Eltern daheim in Valparaíso steht ein Klavier, vielleicht wird er sich damit eine Weile beschäftigen, wenn er nach Ablauf seiner Amtszeit mal wieder Luft hat. Vela macht sich viele Gedanken über seine eigene Rolle in dem ganzen Streit, über seinen persönlichen Hintergrund und was er für die Kritik am Bildungssystem bedeutet. Velas Familie ist wohlhabend, der Vater ist Arzt, die Mutter betreibt in Valparaíso ein gut gehendes Café, in das viele Touristen kommen. Der Sohn aus gutem Hause hat eine ausgezeichnete Schule besucht und studiert nun an einer der besten Universitäten des Landes. „Man profitiert von dem System, gegen das man kämpft“, beschreibt auch Vela das Dilemma. Mit seiner Ausbildung hat er hervorragende Perspektiven, sein Einsatz als Studentensprecher wird daran wenig ändern. „Einige Türen werden sich dadurch öffnen, andere schließen – aber das sind zum Glück ohnehin nicht die, durch die ich gehen will.“ Viele der Politiker, mit denen Vela jetzt regelmäßig zu tun hat, kennen seinen Vater, so wie man sich eben kennt unter den wohlhabenden Familien Chiles. Es kommt vor, dass er von ihnen darauf angesprochen wird. Vela ist das unangenehm, so wie er sich überhaupt in der Rolle des Studentenführers manchmal noch unwohl fühlt. Bei Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Terminen komme er sich mitunter vor wie der kleine Junge unter lauter Erwachsenen – vielleicht auch deshalb, weil die Berufspolitiker ihm erfolgreich dieses Gefühl vermitteln.

Ein Jahr lang wird Vela sein Amt innehaben, danach will er sein Studium beenden und reisen, vor allem nach Asien und Nordafrika. Leben möchte er am liebsten in seiner Heimat Valparaíso, der ehemals bedeutenden Hafenstadt mit dem rauen Charme.

Wird er sich auch in Zukunft gesellschaftlich einbringen? Wenn ja, wie? Giorgio Jackson, sein Vorgänger an der Universidad Católica, ist einer von denen, die sich für den Schritt in die Politik entschieden haben, statt weiter ausschließlich auf den Protest zu setzen. Bei den nächsten Parlamentswahlen kandidiert er als Unabhängiger. Andere halten das für den falschen Weg, sie haben das Vertrauen ins politische System und dessen Vertreter verloren. Auch Michelle Bachelet, die Amtsträger Piñera ablösen will und für den Fall eines Wahlsiegs eine umfassende Bildungsreform angekündigt hat, musste sich bei öffentlichen Auftritten zuletzt wüste Beschimpfungen anhören. Vela zögert bei der Frage nach einem möglichen Engagement in der Politik. Früher habe er Freiwilligenarbeit in den Armenvierteln außerhalb Santiagos gemacht, sein Einsatz sei eher sozial als politisch geprägt. Das möchte er sich bewahren, sagt der Studentenfürer, als er in der Mensa den Rucksack schultert und sich verabschiedet. Vor der Podiumsdiskussion war sogar noch Zeit für ein schnelles Mittagessen. Ein guter Tag.

9. So nah und so fern

Politik, ja oder nein? Sich einfügen in parteiliche Strukturen oder als außerparlamentarische Opposition auf Veränderungen pochen? Eine gute Gelegenheit, Nähe und Distanz zwischen Jugend und etablierter Politik zu beobachten, bietet sich an einem freundlichen Vormittag in der Universidad Católica. Die Hochschule hat alle Präsidentschaftsbewerber der Reihe nach zu Podiumsgesprächen eingeladen. Sie sollen sich den Studenten und Lehrenden vorstellen, ihre Fragen beantworten.

In den dunkel getäfelten, festlichen Saal der Katholischen Universität dringt kein Sonnenstrahl, und doch ist es wahrscheinlich nicht das schöne Wetter, das viele Studenten davon abgehalten hat, zu kommen. Das edle Arrangement, die Regie der Veranstaltung – alles ist irgendwie sehr weit weg von der Welt der Jugendlichen. Nur etwa die Hälfte der rund 200 Plätze ist belegt, die Zuhörerschaft besteht überwiegend aus Hochschulmitarbeitern. Auch auf dem Podium sitzt kein einziger Student, sondern ein dreiköpfiges Gremium aus Verantwortlichen der Universität, die dem Kandidaten wie eine Prüfungskommission gegenüberreten. Dabei hätte man meinen können, dass Marco Enríquez-Ominami bei den Jugendlichen noch am ehesten auf Resonanz stößt. Der im französischen Exil aufgewachsene Sozialist, Sohn eines unter Pinochet ermordeten marxistisch-leninistischen Oppositionellen, war schon bei der vergangenen Präsidentschaftswahl im Jahr 2009 als unabhängiger Kandidat angetreten und mit einem überraschend hohen Ergebnis von knapp über 20 Prozent auf dem dritten Platz gelandet, hatte

sich damit jedoch nicht für die Stichwahl qualifiziert. Nun sitzt der 40-jährige Filmmacher in einem dunklen Anzug an seinem Einzeltisch auf der Bühne und pariert charmant die Fragen der drei Moderatoren. Welche Nachbarschaftspolitik wolle er zu Bolivien betreiben, wie stehe er zu Evo Morales? Wie finanziert er seine Kampagne? Wie ist seine Haltung zur Abtreibung? Auch aus dem Publikum kommen einige Fragen, die Zuhörer konnten sie zuvor über das Internet einreichen und tragen sie nun noch einmal vor – sicher nicht das, was die meisten der Studenten, die dem Treffen fern geblieben sind, unter einer politischen Auseinandersetzung verstehen. Ein junger Mann beklagt sich, die Kultur werde finanziell ausgetrocknet, eine junge Frau erkundigt sich nach der Zukunft des Schulsystems und insbesondere der gemeinsamen Finanzierung von Privat und Staat. Er wolle damit Schluss machen, sagt Enríquez-Ominami – wiewohl man einräumen müsse, dass die so organisierten Schulen irgendwie besser seien. Eine Dozentin fragt den Kandidaten, was er als Präsident für die Lehrerbildung tun wolle, die für die Qualitätsfrage entscheidend sei. Er kenne die Probleme gut, sagt Enríquez-Ominami – aus der Schule seiner Töchter und der eigenen Ausbildung. Die Bezahlung sei definitiv zu schlecht, Veränderungen seien nötig. Was er für die unterfinanzierte Forschung tun werde, möchte ein anderer Zuhörer wissen. Die Fragen kommen von einzelnen Studentenvertretern und Lehrenden – die breite Masse der Studenten ist nicht da, sie ist draußen auf den Fluren, in den Hörsälen und Mensen, so nah und doch so weit weg. Zu guter Letzt kritisiert Enríquez-Ominami noch die Ankündigung von Präsident Sebastián Piñera, Familien für das dritte Kind einen Bonus zu bezahlen, unabhängig vom Einkommen. Populistisch sei das, sagt Enríquez-Ominami, und mithin abzulehnen. In dem eineinhalbminütigen Schlussplädoyer, das das Moderatorengremium ihm gewährt, fordert der Befragte einen demokratischen Wechsel, er sei da ganz bei den Studenten. Dabei hatte ihn danach eigentlich niemand gefragt. Fast scheint Enríquez-Ominami selbst ein bisschen verwundert darüber, dass er in einer Universität spricht und der Studentenbewegung doch kein Stück näher gekommen ist.

Dann ist die Zeit der Debatte auch schon vorbei. Die Moderatorin verkündet noch, dass es das letzte Kandidatengespräch der Reihe gewesen sei, mit Michelle Bachelet habe man sich leider nicht auf einen Termin einigen können. Die Zuhörer strömen aus dem Saal. Zurück bleibt die Erkenntnis, dass die Welt der Politik und die der Studenten in Chile Lichtjahre voneinander entfernt sind. Die Gruppen schweben in unterschiedlichen Sphären und eigentlich will auch keiner so recht beim anderen andocken, hat ihn ohnehin längst aus den Augen verloren, zählt nicht mehr auf ihn, findet keinen Zugang. Wenn selbst jemand wie Enríquez-Ominami bei den Studenten kein Gehör findet, keine Begeisterung für Systemkritik von innen entfachen

kann – wer dann? Und in welchem Rahmen kann das geschehen? Der Festsaal der altehrwürdigen Universidad Católica jedenfalls ist ganz offensichtlich der falsche Ort.

10. Kommt der „chilenische Frühling“?

Wieder einmal liegt Tränengas in der Luft von Santiago. Passanten ziehen ihre Schals vors Gesicht und eilen weiter. Die Proteste gegen das Bildungssystem gehören in Chiles Hauptstadt fast schon zum Alltag – genau wie das wenig zimperliche Vorgehen der Polizei gegen die jungen Demonstranten. Mit Wasserwerfern und Tränengas treiben sie die Menge auseinander. Die Jugendlichen absolvieren den Tag mit gewohnheitsmäßiger Gelassenheit. Die meisten sind gut vorbereitet und gewappnet mit einer Art Creme, die Chemiestudenten zusammengemischt haben und die sie sich in die Nase schmieren, um die Wirkung des Tränengases zu erschweren. Andere haben Zitronen mitgebracht. Zwei Mädchen mit rot verquollenen Augen stehen etwas abseits, in der Hand jeweils eine halbe Frucht, auf der sie herumkauen. Das soll den Reiz lindern. Bei aller Gewohnheit wirken die Mädchen aufgewühlt. Die beiden 18-Jährigen lachen und kichern, aber es klingt nach einer überwundenen Angst und nach Adrenalin. Ein Zittern können sie nicht unterdrücken. „Krass, wie die Polizei auf uns losgegangen ist.“

Diesmal sind es die Schüler, die zu dem Protestmarsch aufgerufen haben. Sie waren es auch, die die ganze Bewegung, die heute vor allem als Studentenbewegung firmiert, überhaupt ins Rollen brachten. Als „Aufstand der Pinguine“ wurden ihre Streiks und Kundgebungen im Jahr 2006 bekannt – wegen des Bildes, das die Demonstranten in ihren Schuluniformen abgaben. Ein Großteil der chilenischen Schulen lag damals monatelang brach. Seither ist es nie wieder richtig ruhig geworden in den Lehranstalten, ebenso wie für die Studenten ist für viele Schüler der Protest Normalzustand. Entsprechend entschlossen agieren sie, vertreten – auch vor Journalisten – selbstbewusst ihre Forderungen und Überzeugungen.

Das so dezidiert politische Auftreten Jugendlicher, das ich aus Deutschland in dieser Bestimmtheit und diesem Umfang nicht kenne, habe es auch in Chile lange Zeit nicht gegeben, sagt der Soziologe Alberto Mayol von der Universidad de Chile. „Das war nicht immer so, sondern ist eine Entwicklung der letzten Jahre.“ Für die Zeit davor bescheinigt Mayol dem Land eine „despolitización total“, eine völlige Entpolitisierung. Die Leute hätten sich hauptsächlich für ihre eigenen, unmittelbaren Probleme interessiert, die die technokratische Regierung weitgehend lösen konnte. Im Fernsehen habe es nur eine einzige politische Sendung gegeben. „Das alles war binnen drei

Monaten vorbei. Plötzlich sprechen wir nicht mehr über kleine Probleme, sondern über das große Ganze.“ Auch die Medien hätten ihre Herangehensweise verändert. „Früher riefen mich nur Radiosender für Stellungnahmen an, das waren die Einzigen mit wirklich kritischen Beiträgen. Heute melden sich plötzlich auch Fernsehjournalisten.“ Sichtbar würden diese medialen Veränderungen auch mit Blick auf die jüngsten Korruptionsfälle bei einer staatlichen Bank und in der mächtigen Fischereibranche. Noch vor wenigen Jahren habe selbst er als Vielleser solche Fälle nicht mithilfe der Zeitungen rekonstruieren können, ja selbst die Gerichte seien nicht weitergekommen. „Heute ist das anders.“ Für Mayol handelt es sich bei den Protesten denn auch nicht bloß um einen Studentenaufstand, sondern um eine umfassende soziale Bewegung, und zwar eine „mit großem Erfolg“. Dabei hat sich konkret, sprich: was die Forderungen der Studenten und ihrer Unterstützer angeht, wenig geändert, oder? „Im Gegenteil. Der Wandel könnte kaum beeindruckender sein“, sagt Mayol. Wenn die Regierung den Studenten auch nur kleine Zugeständnisse gemacht habe, dann doch solche, die ihrer neoliberalen Philosophie völlig widersprächen – zum Beispiel jenes, die Steuern anzuheben, um den Bildungsetat zu erhöhen. „Vor 2011 war das noch undenkbar.“ Freilich ist auch Mayol bewusst, dass es sich um eine geringe Anhebung handelte. Außerdem: „Das Budget sagt wenig aus, das meiste Geld geht an Private.“ Und doch: „El movimiento sigue adelante“ – die Bewegung schreitet voran, „sie hat die öffentliche Bühne erobert.“ Mayol ist überzeugt, dass etwas passieren wird. Die Studentenproteste seien nicht weniger als das sichtbarste Zeichen einer Systemkrise, die in eine „neue politische Ära“ führen werde. „In den Jahren 2014 und 2015 werden wir große Veränderungen sehen.“

Der Soziologe macht keinen Hehl daraus, dass er große Sympathien für die Studentenbewegung hat. Einen ihrer ehemals bekanntesten Vertreter, Giorgio Jackson, unterstützt er nun bei seiner Kandidatur fürs Parlament. Einen Widerspruch zu seiner Rolle als Wissenschaftler sieht Mayol darin nicht. „Mein Ansatz ist ein politisch-intellektueller. Ich möchte durchaus an gesellschaftlichen Veränderungen mitwirken und ich wünsche mir in diesem Land insgesamt eine kritischere, tiefere Reflexion.“ Wenn man bei der wissenschaftlichen Arbeit zu der Erkenntnis komme, dass bestimmte Dinge verändert werden müssen, „dann kann man das ruhig sagen. Die Wissenschaft muss auch Antworten geben. Ich finde es wichtig, dass die Menschen sehen, dass Intellektuelle die Anliegen der Studentenbewegung teilen. Deshalb schreibe ich Kolumnen und gebe Interviews, aber ich mache keine Parteipolitik. Mich interessieren zwei Dinge: die Verteilung von Macht und die Integration der sozialen Klassen.“

Mayols Stimme wird in Chile mit Interesse vernommen. Als Bereicherung für die öffentliche Debatte gilt sie vor allem deshalb, weil Mayol auch

„die andere Seite“ kennt. Er weiß, so sagt man, wie die Rechte tickt. Sein Vater spielte eine nicht unwesentliche Rolle im politischen Apparat des Pinochet-Regimes, er war für die Kommunikation und insbesondere für die Öffentlichkeitsarbeit vor dem Referendum zuständig, bei dem die Chilenen 1988 darüber abstimmten, ob Pinochet weiter im Amt bleiben sollte. Hatte man eigentlich mit einer Schau-Veranstaltung gerechnet, so stand am Ende – wohl nicht zuletzt aufgrund der internationalen Aufmerksamkeit – überraschend eine Niederlage für das Regime. Der Film „No“ von 2012, der für einen Oscar als bester fremdsprachiger Film nominiert war, greift die Geschichte der Kampagnen beider Seiten auf und stellt ihre Macher in den Mittelpunkt. Sein Vater sei kein Ideologe gewesen, sagt Mayol, er sei als Kind nicht von ihm indoktriniert worden. In der Bibliothek seines Großvaters kam der Junge auch mit Schriften liberaler und linksgerichteter Autoren in Berührung. Sein Vater blicke heute kritisch zurück auf die Zeit der Diktatur und habe großes Vergnügen daran, wie der Sohn mit seinen mitunter steilen Thesen die Debatte im Land prägt. Mayol geht bei öffentlichen Auftritten und in seinen Artikeln heftig ins Gericht mit der Gewinnmaximierung, auf die die chilenische Wirtschaft angelegt sei, und mit der Tatsache, dass zu dieser Wirtschaft auch der Bildungssektor und andere Bereiche des öffentlichen Lebens gehören. „In diesem Land ist die Politik Tochter ökonomischer Interessen“, das müsse sich ändern. Deutschland, fügt Mayol hinzu, sei schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg auch nicht als Unternehmen, sondern als Gesellschaft wieder aufgebaut worden.

„No al lucro – Nein zum Gewinnstreben“ heißt die Losung der chilenischen Studenten mit Blick auf das Gebot, dass Universitäten keine monetären Ziele verfolgen dürfen („sin fines de lucro“). So wie die Losung der Studenten lautet auch der Titel von Mayols Buch, in dem er beschreibt, wie aus diesem Protest ein „chilenischer Frühling“ werden wird, wie eine Nation zu neuem sozialem Bewusstsein gelangt und künftig unablässig und erfolgreich für ihre Anliegen eintreten wird – „als hätte man Sauerstoff in einen Raum voller Bakterien geleitet“. Themen, die lange unter der Oberfläche lagen, brächen nun hervor, insofern sei die Studentenbewegung „inhaltlich flexibel“. Mayols Theorien eines quasi unvermeidlichen Systemwechsels sind von der Radikalität manches Studentenführers nicht weit entfernt, aber nüchterner in der Art der Analyse. „Die Parteien befinden sich allesamt in einer Krise“, sagt Mayol. „Es gibt eine erhebliche Lücke zwischen Repräsentation und Partizipation.“ Selbst Michelle Bachelet sei auf dem Boden der Tatsachen gelandet und werde ihre Politik ändern müssen. Mehr noch: Es werde „mit Sicherheit“ eine neue Verfassung und eine Neuordnung des Parteiensystems geben. Das präsidentielle System habe keine Zukunft und müsse reformiert werden. „Das ist keine Frage des Ob, sondern des Wie. Der Druck ist groß.“

11. Die „Pinguine“ und ihre Nachfahren

Andere sind weitaus weniger optimistisch als Alberto Mayol, was die Durchsetzungskraft der Studentenbewegung angeht. „Diese Wahrnehmung habe ich nicht“, sagt Elizabeth Simonsen angesichts der Thesen des jungen Soziologen. Ich treffe Simonsen in der Redaktion von „La Tercera“, einer der großen chilenischen Tageszeitungen. Sie leitet dort das Bildungsressort, und wenn sie auch Mayols Prognosen nicht zustimmt, so teilt sie doch seine Kritik. Auch sie hat ein Buch über das Bildungsthema geschrieben, in dem sie den Vorläufern der Studentenbewegung nachspürt: den Schülerprotesten, die 2006 als „Aufstand der Pinguine“ begannen. Das klingt putziger als es war. Der Widerstand der Schüler, der sich – mal mehr, mal weniger stark – über Jahre erstreckte und der in die großen Studentendemonstrationen mündete, brachte sogar Hungerstreiks mit sich. Bei den Protestmärschen 2011 gab es vereinzelt Tote. Elizabeth Simonsens Buch über die Anfänge dieser Entwicklung trägt den Titel „La Mala Educación“, wobei das zweite c durch das Symbol des chilenischen Peso ersetzt ist. Bildung in Chile, das ist auch nach Simonsens Dafürhalten vor allem eines: ein einträgliches Geschäft. Dass der Staat private Anbieter von Schul- und Hochschulbildung in so erheblichem Umfang unterstützt, ohne Gewähr für die Qualität zu übernehmen, sei einmalig auf der Welt – ebenso wie die nach oben offene Preisspirale, die dieses Modell in Gang gesetzt habe.

Die Kritik der Schüler richtet sich seit jeher vor allem auf das sogenannte „Loce“ (Ley Orgánica Constitucional de Enseñanza), ein Schulgesetz, das Augusto Pinochet einen Tag vor seinem Abtritt verabschieden ließ. Im Kern befreit es den Staat von der Verantwortung für eine gute Bildung und den gerechten Zugang zu eben jener, und bürdet sie stattdessen den Eltern auf, die dafür die Kosten tragen müssen. Unter der Diktatur war die Zuständigkeit für die Schulen bereits auf Städte und Gemeinden übergegangen, was zu einem erheblichen Qualitätsgefälle zwischen den Schulen in armen und wohlhabenderen Gegenden geführt und den Ruf öffentlicher Schulen drastisch verschlechtert hat. Von „guetos educativos“, Ghettos der Bildung, spricht Simonsen. Wer es sich leisten kann, schickt sein Kind auf eine der privaten oder semi-privaten Schulen. Seit dem Jahr 2009, so Simonsen, ist die Zahl derjenigen Kinder, die solche Schulen besuchen, sogar höher als die, die sich ins öffentliche System begeben. In Gegenden, in denen besonders gut situierte Familien leben, ist es oftmals nur eine einstellige Prozentzahl von Kindern, die die öffentliche Schule besuchen. Hier hat sich der Staat aus der Bildung gewissermaßen verabschiedet. Das sensible Gleichgewicht gegnerischer Kräfte im bipolaren politischen System Chiles, so Simonsen, sei verantwortlich dafür, dass sich niemand an eine Reform her-

anwage. In der Regierungszeit von Michelle Bachelet wurde das „Loce“ unter dem Druck der Proteste durch ein anderes Gesetz abgelöst, doch die Reformen der „Ley General de Educación“ (LGE) gingen den Jugendlichen und ihren Unterstützern nicht weit genug. Von „maquillaje“ sprechen die Protestler, die Veränderungen seien lediglich Kosmetik. Elizabeth Simonsen zitiert einen der Schülersprecher mit den Worten: „Es gibt nur eine Möglichkeit des Wandels: von einem neoliberalen System, das Bildung als Konsumgut betrachtet, zu einem staatlichen System. Alles andere ist kein Wandel, so einfach ist das. Es gibt keinen Mittelweg.“

Doch der große politische Wurf lässt weiter auf sich warten. Wie heikel und undankbar das politische Gestalten im Bildungsbereich ist, lässt sich übrigens daran erkennen, wie viele Minister Präsident Piñera auf diesem Posten bereits verschlissen hat. Dreimal in seiner vierjährigen Amtszeit gab es im Bildungsressort einen Wechsel, zweimal allein im Jahr 2011, dem Höhepunkt der Studentenunruhen. Simonsen beschreibt, wie die Blockade einer Bildungsreform die Schüler zunehmend umtrieb und sie schließlich selbst zum Mittel der Blockade greifen ließ – zur Blockade ihrer eigenen Schulen. Das Instituto Nacional spielt dabei eine wesentliche Rolle, die wiederholten Belagerungen der altehrwürdigen Einrichtung sind ein starkes Signal. Die Schüler sind sich dessen bewusst, sie verweisen auf den Ausspruch eines der Gründer der 200 Jahre alten Institution, des Mönchs Camilo Henríquez. Den Satz hat man ihnen als Leitspruch in den Eingangsbereich gehängt und sie fühlen sich ihm verpflichtet: „El gran fin del instituto es dar a al patria ciudadanos que la defiendan, la dirijan, la hagan florecer y le den honor.“ – Der Sinn des Instituto ist es, dem Vaterland Bürger zu schenken, die es verteidigen, es führen, es gedeihen und ihm Ehre zuteil werden lassen.“ Neben dem Instituto Nacional wurden zwischen 2006 und dem Höhepunkt der Studentenproteste 2011 laut Simonsens Zählung rund 800 Bildungseinrichtungen besetzt. Im Wesentlichen forderten die Schüler kostenfreien Unterricht, eine bessere Infrastruktur, die Abschaffung des universitären Einstufungstests PSU und die Entkopplung des Schulsystems von der Finanzkraft der jeweiligen Kommune: „desmunicipalización“ ist hier das Stichwort. In ihrem Widerstand, der für die Jugendlichen an der Spitze der Bewegung über einen langen Zeitraum zu ihrer Hauptbeschäftigung wurde und der sie als Verhandlungsreisende durchs ganze Land führte, hatten sie durchaus Unterstützung, auch aus der Politik. Parlamentarier der Sozialistischen Partei finanzierten ihnen Flugtickets und Fahrkarten für Busreisen durch das lang gestreckte Land. Simonsen macht darauf aufmerksam, dass die Klassen-Gesellschaft des Bildungswesens und die immensen Summen, die in das System fließen, keinesfalls zu einer höheren Qualität geführt hätten, auch nicht in den renommierten Privatschulen. Deren Ruf fuße nicht auf einem

hochwertigen Unterricht, sondern darauf, „wer ihre Schüler sind“. In PISA-Studien schnitten chilenische Jugendliche – auch die der teuren Privatschulen – vergleichsweise schlecht ab. Doch diese Schulen verkaufen nicht nur Bildung, sondern auch Status und ein Netz an Kontakten. „Welche Schule hast du besucht?“ – Diese Frage, so höre ich, falle sehr schnell, wenn zwei Chilenen aus wohlhabenderen Familien einander zum ersten Mal begegnen. Wer sein Kind auf eine in diesem Sinne renommierte Schule schicken und ihm damit gute Perspektiven eröffnen will, braucht „plata“, wie man hier sagt – Kohle. „La cuna socioeconómica en que tu naces, marca tu futuro“, hatte mir schon die umtriebige Studentensprecherin Verónica Muñoz gesagt – „Deine sozioökonomische Wiege entscheidet über deine Zukunft.“ So könne man schon einem Sechsjährigen voraussagen, ob er einmal die Universität besuchen wird – nicht seine geistigen Fähigkeiten, Neigungen und Interessen werden darüber in erster Linie entscheiden, sondern die Finanzkraft seiner Eltern. Dass inzwischen sogar der Südamerika-Korrespondent von Al-Dschasira anrufe, wenn die chilenische Jugend aus Protest gegen diesen Zustand auf die Straße geht, sieht Muñoz als Zeichen dafür, dass der Druck wachse und der Wandel nahe sei. Bildungsjournalistin Elizabeth Simonsen hält es dagegen für unwahrscheinlich, dass die Strukturen sich bald und umfassend ändern. Keine der etablierten Parteien werde sich trauen, für eine vollständige Verstaatlichung des Systems einzutreten. Zu hoch wären die Kosten, die man tragen müsste. Die amtierende Regierung mit ihren neoliberalen Überzeugungen sieht ohnehin keinen Anlass, das System zu reformieren. „Die Privaten helfen uns dabei, allen Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen“ – so lautet ihre Argumentation. Elizabeth Simonsen teilt nicht einmal die verbreitete These, wonach die Schüler und ihre Studenten mit ihrer Kritik von der Politik nun ernster genommen würden. Immerhin: Bei „La Tercera“ hat sich die Debatte bereits niedergeschlagen. Das Ressort „Bildung“ gibt es dort erst seit 2006, dem Jahr des Pinguinaufstands. Und ein kleines bisschen Hoffnung, das legt letztlich auch Simonsens Buch nahe, gibt es vielleicht doch. Die Journalistin verweist auf den Auftritt des chilenischen Sängers Manuel García, der auf einem großen Musikfestival in Viña del Mar das Wort an Präsident Piñera richtete: „Herr Präsident, bei allem Respekt: Die Studenten werden Sie nicht schlafen lassen, wenn Sie sie nicht träumen lassen.“

12. Die Kinder von Trañi Trañi

Mir wird klar: Zu sagen, das chilenische Schulwesen sei ein Zwei-Klassen-System, wäre falsch. Die Sache ist weitaus komplizierter, aber das macht es nicht besser. Da gibt es zum einen die Privatschulen, die die wohlhabenden Familien bedienen und sich ihren guten Ruf teuer bezahlen lassen. Daneben existiert jene eigentümliche Mischform aus öffentlich und privat finanzierter Schule, das so genannte „colegio subvencionado“. Der Staat unterstützt die Betreiber dieser Art von Schule finanziell, hält sich – gemäß der Philosophie des freien Marktes – aus den internen Belangen aber heraus. Trotz der staatlichen Gelder dürfen die Anbieter auch die Eltern noch mal zur Kasse bitten, was die Entwicklung von Bildung hin zu einem Wirtschaftszweig erheblich verstärkt und finanziellen Missbrauch begünstigt hat. Von Fällen, in denen Schuldirektoren teure Autos fahren, die Lehrer aber zeitweise keinen Lohn bekamen oder mangels Personals monatelang der Mathematikunterricht ausfiel, ist die Rede.

Die Zahl dieser semi-privaten Schulen, in denen Anbieter offenbar ein rentables System sehen, hat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen, während die der öffentlichen Schulen kontinuierlich sinkt. Laut der Journalistin und Autorin Elizabeth Simonsen gab es im Jahr 2010 mit rund 8.500 mehr als doppelt so viele solcher Einrichtungen wie 1994. Im gleichen Zeitraum ging der Bestand an öffentlichen Schulen von 6.200 auf 5.800 zurück.

Nur wer sich weder eine private noch eine halbprivate Schule leisten kann, schickt sein Kind in eine der öffentlichen Einrichtungen, die denkbar schlecht angesehen sind. Doch auch innerhalb der öffentlichen Schulen gibt es wegen der finanziellen Zuständigkeit der Kommunen Abstufungen. Konkret bedeutet das: je ärmer eine Kommune, desto schlechter die Schule. Während in manch schickem Vorort von Santiago kaum ein Kind eine öffentliche Schule besucht, sind es in ärmeren Regionen fast alle. Zugleich steht dort für die Bildung am wenigsten Geld zur Verfügung.

Zu den ärmsten Gemeinden zählen in Chile vor allem die, in denen die Mapuche leben, die Ureinwohner Chiles. In einem Bildungssystem, in dem fast nur gewinnen kann, wer finanzstarke Eltern hat, sind sie die Verlierer unter den Verlierern. „Wer in einer Mapuche-Gemeinde geboren wird, ist zu schlechter Bildung und damit zu einer schlechten Zukunft verdammt“, sagt Roberto Mansilla. Er leitet die „Fundación de Desarrollo Campesino“ (Fundecam), eine Partnerorganisation von „terre des hommes“, die sich der Unterstützung der Landbewohner in der südlichen Region Araucanía verschrieben hat, dem Zentrum der Mapuche-Kultur in Chile. Die öffentlichen Schulen in der Gegend kennt Mansilla aus eigener Anschauung. Die meis-

ten seien reine Aufbewahrungsanstalten. „Dort spielen und essen die Kinder nur“, sagt Mansilla, während er seinen Geländewagen herauslenkt aus Temuco, der Hauptstadt Araucanías. Oft werde einfach ein Bauer vom Staat dafür bezahlt, dass er in seinem Dorf Unterricht anbiete, wobei es mit dem Unterricht eben nicht weit her sei. Um das Bildungsvakuum zu füllen, hat Fundecam vor elf Jahren eine eigene Schule gegründet, die die Stiftung mit finanzieller Hilfe des Staates betreibt.

Fünf Kilometer und ein paar lehmige Straßen von Temuco entfernt liegt die „Escuela Trañi Trañi“. Sieben Lehrerinnen, erzählt Mansilla stolz, betreuen dort 86 Kinder – eine Relation, wie man sie an kaum einer anderen öffentlichen Schule in Chile finde. Ebenso stolz ist Mansilla auf die Ergebnisse, die die Mädchen und Jungen in den vergangenen Jahren beim „Simce“-Test erzielt haben, einer nationalen Vergleichsstudie. Gut, an die „reichen Schulen in der Stadt“ komme man nicht heran, aber immerhin, die Werte liegen in einem akzeptablen Bereich und näherten sich denen finanzkräftigerer Bildungseinrichtungen an. Ganz erreichen werde man sie nie, auch deshalb, weil die Schule in erheblichem Umfang geistig behinderte und lernbehinderte Kinder aufnehme. Die armen Schulen – sie sind in Chile häufig die einzige Anlaufstelle für Schüler, die aus verschiedenen Gründen benachteiligt sind, sei es durch ihre indigene Herkunft, sei es durch die Finanzkraft ihrer Eltern, sei es durch ein geistiges Handicap. Die Abwärtsspirale der öffentlichen Schulen hat das immer weiter befördert – nicht nur ihr Ruf ist schlecht, tatsächlich müssen sie sich mit unzureichenden Mitteln um eine Schülerschaft kümmern, deren Leistungsniveau oft unter dem Durchschnitt liegt und die eigentlich der besonderen Förderung bedarf. Die ist an den öffentlichen Schulen nicht möglich, was zwangsläufig den Anspruch gesenkt und dazu geführt hat, dass Eltern falls irgend möglich um diese Einrichtungen einen weiten Bogen machen.

Die Eltern, deren Kinder Trañi Trañi besuchen, haben diese Option nicht. Dass das ambitionierte Schulprojekt, das stets um seine Existenz kämpfen muss, ausgerechnet in ihrer Gegend eine Heimat hat, dürfte für sie ein Glücksfall sein. Sogar für die Kinder mit besonderem Förderbedarf gibt es hier zwei professionelle Integrationshelferinnen. Doch Glück darf nicht der entscheidende Faktor bei der Frage sein, ob jemand eine gute Schulbildung bekommt, findet Roberto Mansilla. Fundecam versucht deshalb seit Jahren, in die Fläche zu gehen, mit weiteren Schulen in Araucanía.

Wenn Mansilla Besuch mitbringt zur Keimzelle Trañi Trañi, setzt er ihn bereits ein paar Meter vor dem Haupteingang ab. Wer die Schule zum ersten Mal betritt, muss den Seiteneingang nehmen, der eigens in Richtung Sonnenaufgang gebaut ist. Fundecam möchte mit der Landschule noch eine weitere Lücke im chilenischen Bildungssystem schließen, die die lokalen

Entwicklungshelfer beklagen: Die Mapuche-Kultur komme in der Schule so gut wie nicht vor. Zwar ist gesetzlich festgelegt, dass ab einem bestimmten Anteil von indigenen Schülern in einer Klasse Mapudungun unterrichtet werden muss, die Sprache der Mapuche, „aber de facto passiert das nicht in dem Umfang, in dem es nötig wäre“, sagt Mansilla. Durch viele Schulen werde allenfalls für eine begrenzte Zeit pro Woche eine einzige Mapuche-Stämmige Lehrkraft geschickt, um in den Klassen jeweils für eine Stunde zu unterrichten.

Für Mansilla bedeutet die Integration der Mapuche-Kultur etwas anderes. Nicht nur Lehrwissen soll vermittelt werden, auch die Traditionen sollen im Alltag der Schule sichtbar werden. In Trañi Trañi will man die Kinder auf eine natürliche, niedrigschwellige Weise wieder vertraut machen mit der Kultur ihrer Vorfahren, die in den Familien oft kaum noch gepflegt wird – nicht zuletzt deshalb, weil die Eltern Sorge haben, es könnte ihren Kindern in der chilenischen Gesellschaft zum Nachteil gereichen. Die Kinder von Trañi Trañi, die aus sieben verschiedenen Mapuche-Gemeinden in der Umgebung stammen, sollen wieder Stolz auf ihre Herkunft entwickeln, zumindest aber eine gewisse Selbstverständlichkeit im Umgang damit lernen.

An diesem Montagvormittag wirkt die Schule auf den ersten Blick verwaist, nur aus einer großen Hütte aus Holz und Zweigen, die etwas abseits der eigentlichen Gebäude liegt, steigt Rauch auf. Rund 50 Schüler und Lehrer haben sich in der „Ruca“ versammelt, der traditionellen Behausung der Mapuche. Wie immer sind die Kinder mit dem Schulbus hergekommen, den Fundecam eingesetzt hat, und doch ist es kein Tag wie jeder andere: Man feiert den Beginn von „We Tripantu“, der Feierlichkeiten anlässlich des Mapuche-Neujahrs. In der Hütte sitzen Kinder und Erwachsene um eine Feuerstelle, in Töpfen und Kesseln köcheln Pferdefleisch und Kartoffeln. Einige Lehrerinnen formen Unmengen an Teig zu „sopapillas“ – kleinen, flachen Weißbrotchen, die in heißem Fett gebacken werden. „Wir Mapuche teilen“, sagt eine Lehrerin in traditioneller Tracht, während sie das Brot und das Fleisch ausgibt.

Nach dem Essen will Lehrer Cristian von den Schülern wissen, wie sie zu Hause „We Tripantu“ feiern. Die Antworten kommen nur zögerlich, es wird getuschelt und gelacht. Irgendwo klingelt ein Handy. Die Lehrerin im Mapuche-Ornat mahnt mehr Respekt an. „Ihr müsst immer stolz sein, zu sagen: Yo si soy Mapuche – Ja, ich bin Mapuche.“ Später lockert sich die Stimmung, die Kinder erzählen doch noch ein bisschen – vom Reinigungsritual frühmorgens im See, von den Festessen, von den Geschichten der Alten. Auch Hausmeister Guillermo steuert eine Erinnerung bei, während Becher mit Mate-Tee kreisen. „Was bedeutet es, Mapuche zu sein?“, fragt Roberto Mansilla in die Runde. „Eine eigene Sprache zu haben“, sagt eines der Kin-

der schüchtern. „Eine Kultur zu haben“, meint ein anderes. Ansonsten Stille. Mansilla ist nicht zufrieden und erklärt die Frage zur Hausaufgabe. Die Lehrerin in der Mapuche-Tracht gibt den Kindern noch eine Botschaft mit auf den Heimweg. „Wenn eure Eltern und Geschwister fragen, was ihr heute gelernt habt, dann sagt ihr: Wir hatten nicht Mathe oder Sprache oder Wissenschaft, aber in der Ruca hatten wir alles zusammen.“

Trañi Trañi scheint sich in einer Zwischenwelt zu bewegen von Moderne und Tradition, von Möglichkeit und Mangel. Es gibt Breitband-Internet und eine Radio-AG, aber die Klassenräume sind karg und um die Toiletten zu betreten, braucht man einen starken Magen. „Das Geld reicht einfach nicht“, sagt Roberto Mansilla bei seinem prüfenden Rundgang durch die Schule und den angrenzenden Lehrgarten. Mit dem Fuß kickt er gegen eine Wasserpumpe, die in trüber Brühe vor sich herdümpelt und wenig vertrauenerweckend aussieht. In Chile gilt grundsätzlich weiterhin das Prinzip, dass die Eltern für die Bildung ihrer Kinder Sorge tragen, nicht der Staat. Doch ein Schulgeld könnten sich die Familien hier gar nicht leisten, der Unterricht in Trañi Trañi ist kostenfrei.

Von außen ist ebenfalls wenig Unterstützung zu erwarten. Terre des homes hat mit Sachspenden geholfen, hat einen Teil der Ausstattung für die Klassenräume organisiert. Allgemein aber ist das wirtschaftlich prosperierende Chile von der Landkarte internationaler Hilfsorganisationen weitgehend verschwunden. Es lässt sich schwer vermitteln, warum ein sich so schnell entwickelndes Land weiterhin die Hilfe ausländischer Geldgeber benötigen sollte, während in anderen Staaten Südamerikas der durchschnittliche Lebensstandard deutlich niedriger und der Bedarf an Unterstützung entsprechend höher ist. Vom viel gelobten Fortschritt Chiles profitiert freilich nur ein gewisser Teil der Bevölkerung, dem anderen bleiben die Früchte des Erfolges verwehrt. Die Kinder von Trañi Trañi werden mit viel Glück anschließend ein technisches Lyzeum besuchen. Wer besonders viel Glück hat, geht eines Tages vielleicht sogar zur Uni. Acht Schüler haben das bislang geschafft.

Auch Luis Cona Queuputru hat studiert. Als er ein Schulkind war, gab es Trañi Trañi noch nicht, er hat den Sprung an die Universität von Temuco dennoch geschafft. „Er ist einer von tausend“, sagt Roberto Mansilla. Auch wenn der junge Mann selbst von dem „Fundecam“-Angebot nicht profitiert hat – oder vielleicht gerade deshalb – sieht er dessen Notwendigkeit und will mithelfen. Mansilla hat ihn an diesem Tag mit zur Schule genommen und führt ihn herum, um ihm seinen künftigen Einsatzort zu zeigen. Cona Queuputru hat an der Universität von Temuco Gartenbau studiert und wird in dem kleinen Gewächshaus hinter der Schule nun einmal in der Woche eine AG anbieten. Er hat im Moment freie Zeit, sein Studium hat er gerade

abgeschlossen. Er lebt weiterhin in der Mapuche-Siedlung außerhalb von Temuco, in der er aufgewachsen ist. Cona Queuputru ist ein zurückhaltender, stiller junger Mann, mit seinem Lob und dem Schulterklopfen bringt Mansilla ihn in Verlegenheit. Und doch stimmt es, was der Fundecam-Chef sagt, erzählt er auf Nachfrage. In seinem Umfeld sei er tatsächlich der Einzige, der sich eine höhere Bildung erkämpft habe. Seine Freunde aus der Schule mussten ihre Hoffnungen – sofern sie sie einmal hatten – begraben. Es gebe viele Probleme in seinem Umfeld: Frustration, Alkohol, Gewalt. Cona Queuputru freut sich auf die Arbeit in Trañi Trañi, aber er sieht auch die nächsten Hürden, die er nehmen muss. Er hat sich durch die Schule gekämpft, an die Uni, bis zum Abschluss. Doch das Kämpfen hört nicht auch. Die Suche nach einem Arbeitsplatz, das ahnt er, wird schwierig werden. Am liebsten sagt er, würde er weg aus Chile und vielleicht seinen Dokortitel machen, irgendwo in Europa.

13. Oben und Unten in Concepcion

Einer, der Chile verlassen hat und zurückgekehrt ist, ist Oscar Link. Mehrere Jahre hat der Ingenieur in Darmstadt gelebt und an der dortigen Technischen Universität promoviert. Nun ist er Professor an der Universität von Concepción. Vielleicht liegt es an dieser Zeit der Abwesenheit, dass ihm die extremen Gegensätze seiner Heimat nun besonders ins Auge fallen. Für ihn erklären nur sie das Ausmaß des Unmuts im Allgemeinen und der Studentenproteste im Besonderen. „Die großen Unterschiede sind der Kern des Problems.“

Und sie sind nicht einer subjektiven Wahrnehmungen geschuldet. Dieses Jahr hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Chile erneut bescheinigt, ein Musterknabe in Sachen Wirtschaftswachstum zu sein. 2013 und 2014, so die Prognose der OECD, wird kein anderes Mitglied der Organisation sein Bruttoinlandsprodukt so stark steigern wie Chile. Zugleich jedoch mahnen die Experten erneut an, dass der Wohlstand nirgendwo sonst im OECD-Zirkel so ungleich verteilt ist. Die soziale Schere geht in Chile nach wie vor erheblich auseinander.

Was das bedeutet, kann man schon in Santiago sehen, wo sich im Westen der Stadt einfache, ebenerdige Behausungen dicht aneinander drängen, während im Osten die schmucken Bürotürme von Las Condes in die Luft ragen und die Bürgersteige so blendend weiß sind, als würden sie täglich sandgestrahlt. Doch man sieht es noch deutlicher und konzentrierter in Concepción, findet Oscar Link, der mich mitnimmt auf eine kleine Tour durch die 225.000-Einwohner-Stadt rund 500 Kilometer südlich von Santiago.

Vom freundlichen Uni-Viertel aus muss man nicht weit fahren, um mitten in einer der ärmsten Siedlungen Concepcións zu landen. Zusammengestellte Hütten und ungepflasterte Straßen prägen das Bild. Schulkinder springen über tiefe Pfützen, eine abgewetzte chilenische Flagge weht im Wind. Hinter den schiefen Dächern jedoch kann man schon das neue Einkaufszentrum „Mall Plaza“ mit dem Multiplex-Kino erkennen, und in der anderen Richtung, ebenfalls nur einen Steinwurf entfernt, beginnt Lonco. Das Viertel gilt als bevorzugte Adresse der wohlhabenden Einwohner von Concepción. Je weiter man der Straße den grünen Hügel hinauf folgt, desto moderner werden die Häuser und desto teurer die Autos davor. Schilder preisen weitere hochkarätige Bauprojekte an, auf den ordentlich angelegten Spielplätzen sitzen die „nonas“, die Kindermädchen der hier lebenden Familien, mit ihren Schützlingen.

„So groß sind die Unterschiede auf so kleinem Raum“, sagt Oscar Link auf dem Weg zurück zur Uni. Die Logik der sozialen Ungleichheit setzt sich im Bildungssystem fort. Auch in Concepción beteiligen sich die Studenten angesichts der Missstände immer wieder an den landesweiten Protesten, die 2011 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten. „Der Lehrbetrieb stand damals monatelang still“, erinnert sich Oscar Link. Er habe die Zeit immerhin für Büroarbeit nutzen können, weil die Ingenieursfakultät, deren Studenten als wenig politisch gelten, im Gegensatz zu anderen nicht besetzt war. „Der Betrieb in der Fakultät ging weiter – nur ohne Studenten und ohne Unterricht, es war eine sehr merkwürdige Situation.“ Erst kurz bevor die Studenten das Semester ganz zu verlieren drohten, kehrten sie zurück in die Seminarräume.

Ob Link als Professor Verständnis für ihre Anliegen hatte? „Im Grunde sind wir uns in Chile alle einig, dass sich im Bildungswesen etwas ändern muss.“ An den Protesten teilgenommen habe er, anders als mancher Kollege, aber nicht. Link versteht die Anliegen der Studenten und er sieht, woher die sozialen Spannungen rühren, doch das radikale Auftreten manches Protestlers und die gewalttätigen Auswüchse befremden ihn. Er erzählt, dass sogar der Rektor der Universität die Studenten unterstützt habe – bis es einen Anschlag auf sein Haus gab. Derlei Eskalationen schrecken Link ab. Zudem ist der Glaube des Wissenschaftlers gering, dass die Politik das bestehende System in naher Zukunft reformieren wird. „Funciona mal, pero funciona“, sagt er mit resigniertem Schulterzucken. „Es funktioniert schlecht, aber es funktioniert.“

Nach dem Treffen mit Oscar Link streife ich noch ein wenig über den Campus der drittgrößten Universität Chiles mit ihren mehr als 25.000 Studenten. Ich suche eine Kneipe, von der ich in Deutschland in einem Buch gelesen habe. Dort träfen sich die protestierenden Studenten bevorzugt zu

ihren Treffen. „Aula Cero“ – „Hörsaal Null“, so soll sie heißen, oder – in Erinnerung an die langjährige Inhaberin – auch „Donde la Tia Tita“ – „Bei Tante Tita“. Die ältere Dame, so hatte ich Zeitungsberichten entnommen, war vor Kurzem verstorben, ihre Familie aber setze die Tradition fort.

Ganz in der Nähe des Campus soll das Lokal sein, aber keiner der Studenten, die ich frage, hat je davon gehört. Als es zu regnen anfängt, drücke ich mich in den Eingangsbereich der nächstbesten Fakultät: „Enfermería“ steht über der Tür, hier werden Krankenschwestern ausgebildet. Während ich auf der Suche nach weiteren Studenten hineingehe, sehe ich aus dem Augenwinkel eine Frau in weißem Kittel an mir vorbeieilen. Es dauert einen Moment, bis mir einfällt, woher ich sie kenne: Es ist Orellana, eine der beiden Dozentinnen, die ich nach meiner Ankunft in Santiago am Flughafen getroffen habe. Was für eine Überraschung! Im gleichen Augenblick erkennt sie mich auch. Großes Hallo. Orellana fragt, wie ich in ihrer Fakultät gelandet sei, und ich erkläre ihr die Sache mit der „Aula Cero“. „Leider auch noch nie gehört“, sagt Orellana, um mich ein Stück weiter an den Rand der Eingangshalle zu ziehen, wo einige ihrer Studentinnen sitzen. Ob sie vielleicht wüssten, wo diese Kneipe sei? Wieder entschuldigendes Kopfschütteln. Orellana greift zum Handy und ruft ihre Tochter an, die bis vor Kurzem ebenfalls an der Universität von Concepción studiert hat und nun in der Nähe arbeitet. Ein paar Minuten später ist die Tochter da, doch auch sie weiß nichts von der „Aula Cero“. Macht nichts, schon das Wiedersehen war es wert. Ein herzlicher Abschied, Orellana schreibt mir noch ihre Telefonnummer auf – für Notfälle.

14. Die Uni-Lotterie

Ich bin mir sicher, dass sich das Rätsel der „Aula Cero“ am nächsten Tag klären wird. Ich bin verabredet mit Miguel Peña Sanchez, dem Generalsekretär der Studentenvereinigung der Universität von Concepción. Wenn er nicht weiß, wo diese ominöse Kneipe ist, dann keiner. Und obwohl ich das Lokal zuvor eher als optionale Anlaufstelle im Sinn hatte, bin ich inzwischen ziemlich neugierig.

Peña Sanchez erfüllt so ziemlich alle Klischees eines studentischen Aktivisten. Mit langen Haaren und im ausgewaschenen Kapuzenpullover sitzt er in seinem winzigen Büro, das trotz der spärlichen Einrichtung irgendwie chaotisch aussieht. An der Wand hängt die Kopie eines alten Zeitungsartikels: Salvador Allende und Fidel Castro treten gemeinsam an der Universidad de Concepción auf. Wenn es um die Frage geht, was die Prinzipien der Studentenbewegung sind und wie man weiter verfahren sollte, steht die Fe-

deración de Estudiantes der Universidad de Concepción (Fec) ziemlich weit am linken Rand. „Wir gelten als Ultras“, sagt Peña Sanchez, und: „Die Confech repräsentiert nicht die Studenten.“

Keine Frage, DIE Studentenbewegung gibt es nicht. Das zeigt sich besonders deutlich an der einen großen Richtungsfrage, die sich immer stärker aufdrängt, je mehr Zeit vergeht: Teilhabe oder Widerstand? In die Politik gehen oder lieber weiter auf die Straße?

Für Peña Sanchez ist die Sache eindeutig. Er plädiert für einen politischen Systemwechsel, vor allem das Bildungswesen in seiner jetzigen Form sei durch und durch korrumpiert. „Die Mittel sind da, wir sind nicht im Kongo, aber sie sind konzentriert auf eine Minderheit und das macht einen wütend.“ Wie wütend macht einen das genau? Oder anders gefragt: Hat Peña Sanchez Verständnis für die Sorge vor einer Radikalisierung seiner Generation? Ist diese Angst berechtigt? Nein, sagt der junge Mann, das Potenzial dafür sähe er allenfalls bei den jungen Mapuche, denen das geltende System besonders übel mitspiele. Doch auch die Forderungen, die Peña Sanchez selbst formuliert, sind fundamental und gehen weit über die Abschaffung des derzeitigen Bildungssystems hinaus. Er und seine Mitstreiter fordern einen kompletten Neustart für das politische Chile, eine neue verfassungsgebende Versammlung. „Un via institucional no veo“, sagt der Studentenvertreter, er sehe keinen Weg zu einem besseren Bildungssystem, der über die bestehenden Institutionen führe.

Wie stehen die Vertreter der Fec dann zu ehemaligen Gesichtern der Studentenbewegung wie Camila Vallejo, die nun für die Kommunistische Partei ins Parlament will, sich also – aus Sicht von Peña Sanchez und nicht wenigen anderen – in das verhasste System begeben hat? Ist sie für sie eine Verräterin? Der Studentenvertreter lächelt ein wenig gequält, um dann diplomatisch zu antworten, man habe ja vorher schon gewusst, dass Vallejo Mitglied der Partei sei. Er kenne gleichwohl viele Studenten, die es kritisch sähen, dass sie die Studentenbewegung als „Bühne“ benutzt habe.

Trotz der vereinzelt Missklänge im Nachhinein ist auch Peña Sanchez voll des Lobes über die Veränderungen in der politischen Kultur und in der Wahrnehmung der studentischen Belange, die die Studentenbewegung mit ihren Protesten bislang erzielt habe. Er schwärmt von der Hochzeit der Proteste mit dem mehrmonatigen Ausstand, die endlich wieder ein Klima der Debatte und der Auseinandersetzung erzeugt habe. „Schon beim Frühstück haben wir diskutiert, mittags gab es eine Abstimmung, abends immer irgendeine Versammlung.“ Diese Zeit habe die Studentenschaft und das gesellschaftliche Klima im ganzen Land nachhaltig verändert. „Die Politisierung war ein großes Ziel und das haben wir erreicht. Wir haben die Bildungsdebatte geöffnet, ebenso wie die Debatte über das Gesundheitssys-

tem. Vor drei Jahren war das noch undenkbar. Wir haben Piñera das Thema aufgedrängt.“ Jetzt gelte es, die Unterstützung weiterer gesellschaftlicher Gruppen zu gewinnen und sich gemeinsam zu organisieren, für die Revolution von der Straße aus.

Vielleicht erklärt sich die radikale Haltung der organisierten Studenten von Concepción ein Stück weit aus der Geschichte ihrer Universität. Denn die Hochschule ist die Wiege der chilenischen Lotterie. Als die Elite der Region Anfang des 20. Jahrhunderts zu der Überzeugung kam, neben Santiago brauche auch der Süden Chiles eine anerkannte Universität, und nach Finanzierungsmöglichkeiten suchte, verfielen die Gründer auf diesen Gedanken. Sie riefen die Lotterie ins Leben, deren Gewinne die wohlhabenden Geldgeber der neuen Institution bei Laune halten sollten. Noch immer fließen die Erträge der chilenischen Lotterie in die Universidad de Concepción, hinter der 70 Unternehmen stehen, vereint unter dem Dach einer Holding. Auch die Universidad de Concepción lebt von der eigentümlichen Mischfinanzierung aus staatlichen und privaten Geldern und auch sie ist ein „trampolín social“, ein soziales Sprungbrett. In den Entscheidungsgremien sitzen einflussreiche Vertreter großer privater und staatlicher Unternehmen sowie von Banken. Klar, dass den Studentenvertretern dieses Konstrukt missfällt. Sie wähen darin beste Voraussetzungen für Misswirtschaft und beklagen, der Staat helfe den Banken, sich an den Studienkrediten mit ihren teils üppigen Zinsen zu bereichern. „Das ist überhaupt nicht transparent“, sagt Sanchez. „Der Rektor betont zwar ständig, die Uni mache keinerlei Gewinne, aber das ist unglaublich. Es gibt einfach zu viel privatwirtschaftliche Intervention“, kritisiert Miguel Peña Sanchez und verweist auf die Privatklinik, den Fernsehsender und die Zeitung, die die Universität betreibt. Es sei eine logische Folge solcher Konstrukte, dass die Unzufriedenheit sich irgendwann Bahn breche – so wie 2011: „Meine Fakultät zum Beispiel ist förmlich explodiert.“ Dieses Momentum, sagt der Fec-Generalsekretär, während er sich verabschiedet, werde nicht mehr verloren gehen.

Eine Frage noch: Wo ist die „Aula Cero“? Peña Sanchez guckt erstaunt, lacht und holt Papier und Stift hervor, um mir den Weg aufzuzeichnen. „Ist nicht einfach zu finden.“ „Hab ich schon gemerkt.“ „Geh’ am besten abends hin, dann sind sicher Leute da.“ Später an diesem Tag also führt mich die Skizze auf einen Hügel nahe des Campus’. Irgendwann stehe ich doch wieder ratlos da und weiß nicht weiter. Kein Lokal weit und breit, nur ganz normale Wohnhäuser. Zwei Mädchen kommen mir entgegen, ich frage sie nach der „Aula Cero“. Als ich auch die „Tia Tita“ erwähne, erinnern sie sich. Sie seien noch nie da gewesen – der Ort sei „medio clandestino“ – kennen aber den Weg. Als ich endlich vor dem kleinen, versteckt liegenden Haus ankomme, wird mir klar, dass ich mit meiner Suche nach einer Kneipe die ganze

Zeit auf dem Holzweg war. Kein Schild, kein Licht weist darauf hin, dass es sich hier um etwas anderes als ein Wohnhaus handelt. Erst später erzählt mir jemand die ganze Geschichte dieses Ortes – dass die Besitzerin schon zur Zeit des Pinochet-Regimes den Studenten ihr Haus für ihre Treffen zur Verfügung stellte und sie mit Essen versorgte, und dass die Tradition der Vertraulichkeit fortgeführt wird – wenn auch schon mal das eine oder andere rauschende Fest dabei sein kann. An diesem Abend nicht, die Tür ist verschlossen, drinnen ist es dunkel. Am nächsten Tag muss ich leider weiter.

15. Die beiden Rodrigos

Manchmal hat man Glück und manchmal hat man keines – vermeintlich. Das zugesagte Interview mit Camila Vallejo wird immer weiter verschoben. Die junge Frau ist im Moment schwer unter Beschuss, weil sie aus Partei-räson hatte erklären müssen, bei den kommenden Wahlen Michelle Bachelet als Präsidentschaftsanwärterin zu unterstützen. „Sie gibt ausländischen Journalisten derzeit keine Interviews“, lässt mich ihr Sprecher wissen. Aha. Dabei würde ich zu gerne wissen, was sie zum Schritt in die Politik bewogen hat und wie schwer er ihr gefallen ist. Für viele Chilenen ist Camila Vallejo immer noch eine bewundernswerte junge Frau, wenngleich man sagen muss, dass ihre Bewunderer inzwischen andere sind. Während einstige Mitstreiter sich von ihr abwenden, weil Vallejo ihrer Ansicht nach mit ihrem politischen Engagement der Studentenbewegung schadet, hält mancher „Erwachsener“ ihren Schritt für richtig.

In Dichato, einem kleinen Fischer- und Urlaubsort nahe Concepción, komme ich zufällig ins Gespräch mit Hernán und seiner Frau Glória. Dichato ist verwaist. Es ist Winter, zudem ist der Ort immer noch gezeichnet von den Folgen des Tsunamis, der hier nach dem schweren Erdbeben im Februar 2010 die Küste überschwemmte. Das Erdbeben mit seinen verheerenden Folgen hatte damals auch die landesweiten Studentenproteste für eine Weile zum Erliegen gebracht. Das kleine Dichato war einer der am schlimmsten betroffenen Orte, der Tsunami forderte dort mehrere hundert Todesopfer. Auf dem Strand liegen einige herumgewirbelte Boote noch immer wie Mahnmale auf der Seite, an der Promenade verweisen glänzende neue Schilder auf die „Tsunami-Evakuierungsrouten“.

Nur wenige der einfachen Fischlokale haben an diesem grauen Sonntag geöffnet, in einem davon sitzen Hernán und Glória und essen zu Mittag. Eigentlich leben sie in Concepción, haben hier an der Küste aber eine Wohnung fürs Wochenende. In dem Lokal kennt man sie. Das Rentner-Ehepaar gehört zweifellos zu den wohlhabenderen Chilenen, er hat in einer Bank

gearbeitet, sie war Lehrerin. Trotz ihres privilegierten Status' wird im Gespräch eine ungeahnte Wut auf das herrschende System deutlich. Als Hernán hört, dass ich Journalistin bin und über die Studentenbewegung schreibe, macht er seine Unterstützung für „die Jugendlichen“ deutlich und bittet mich eindringlich, das Bild Chiles in Deutschland zurechtzurücken. Es ärgert ihn ungemein, dass Chile im Ausland als Südamerikas Vorzeigestaat wahrgenommen wird und die Regierung es geschafft habe, die sozialen Probleme unter den Teppich zu kehren. „Chile taugt nicht als Vorbild. Schreib' das!“ Für Hernán ist Camila Vallejo geradezu eine Lichtgestalt, die all die Kritik endlich aufnehme und mit lauter Stimme anprangere.

Für andere dagegen ist sie der Beweis dafür, dass sich eine ganze Generation auf die Pfade von Extremen begibt und jenen der Demokratie verlässt. „Wer ist diese Frau denn eigentlich?“, schimpft Rodrigo, dem ich in Santiago begegne. „Sie ist eine Kommunistin!“ Rodrigo ist etwas über 60 und Unternehmer. Er hat vier Kinder – eine Tochter und drei Söhne. Der älteste, 22, heißt ebenfalls Rodrigo, das ist in Chile nicht unüblich. Die beiden Rodrigos schätzen sich, gerne diskutieren sie bei ausgedehnten Mittagessen über Gott und die Welt. Neulich ließ Rodrigo der Jüngere bei einem dieser Essen die Bemerkung fallen, er wolle gerne im Ausland leben. Das erschreckte den Vater weniger als die Antwort auf seine Fragen nach dem Warum. „Ist doch alles Mist hier in Chile“, sagte der Sohn, während er mit der Gabel im Essen herumstocherte.

„Chile ist ein fantastisches Land!“, sagt Rodrigo, der Ältere, als er davon erzählt. Er ist immer noch fassungslos. Sicher, nicht alles sei gut, aber warum dieser große Frust? Rodrigo schüttelt den Kopf. Politisch lagen er und sein Sohn bei ihren mittäglichen Analysen schon immer ein Stück weit über Kreuz. Der Vater unterstützt die amtierende Mitte-Rechts-Regierung, auch wenn er betont, dass er deren Ideen nicht fraglos folgt.

Alle drei Söhne Rodrigos studieren, die Tochter arbeitet bereits als Ärztin. Die Ausbildung seiner Kinder kostet auch Rodrigo ein kleines Vermögen, trotzdem unterstützt er die Forderungen der Studenten nach einer tief gehenden Strukturreform des Bildungswesens nicht. Schritt für Schritt müsse man Dinge verändern und nicht, indem man alles auf null zurückdrehe. Seinem Sohn und dessen Altersgenossen mangle es schlichtweg an ausreichend Lebenserfahrung, um das zu erkennen. Über die jüngst aufgekommene Idee, eine konstituierende Versammlung einzuberufen, kann der Vater nur lachen. Naive Utopien! Und so unnötig! Wenn der Sohn ihm wütend all die Korruptionsfälle vor Augen führt, in die Mitglieder der Regierung zuletzt verstrickt waren, wehrt Rodrigo der Ältere ab. Ja, das sei zu verurteilen und müsse abgestellt werden. An seinem Glauben an die politischen Institutionen und die bestehenden Gesetze ändert das nichts.

Rodrigo der Ältere ist gut informiert, das nationale und internationale Nachrichtengeschehen ist sein zweitliebstes Hobby – gleich nach dem Rugby – und immer öfter macht ihm Sorge, was er hört und sieht. Ihn beunruhigt die revolutionäre Stimmung, die in der Luft liegt. Er fürchtet, dass Chile einen ähnlichen Linksruck erleben könnte wie Venezuela oder Bolivien. Präsident Sebastián Piñera kam 2010 nur mit ganz knapper Mehrheit an die Macht. Sollte sich bei den nächsten Wahlen Ende des Jahres Michelle Bachelet durchsetzen, die Kandidatin der Sozialistischen Partei und frühere Präsidentin, werden die Ultralinken beständig nach mehr Einfluss suchen, fürchtet Rodrigo. Sein Sohn dagegen verknüpft mit einem Regierungswechsel Hoffnungen auf ein Chile, in dem er dann vielleicht doch gern bleiben würde.

In der Bildungsfrage und all dem, was damit zusammenhängt, verlaufen die Konfliktlinien nicht nur zwischen Studenten und Regierung, zwischen linken und rechten Parteien, sondern auch zwischen den Generationen.

16. Eine Uni wird abgewickelt

„In Chile ist es einfacher, eine Schule aufzumachen als eine Kneipe.“ Wie oft habe ich diesen Satz nun schon gehört. Und was für Schulen gilt, scheint auch mit Blick auf Universitäten zuzutreffen. Das Land ist gepflastert mit Unis, seien sie öffentlich, privat oder vom Staat bezuschusst. Anders als die Schulen dürfen sie zwar nicht nach Gewinn streben, sie müssen alle Einnahmen reinvestieren. Doch die Eigentümer haben Wege gefunden, dieses Verbot zu umgehen. Sie eröffnen außeruniversitäre Institute, Krankenhäuser oder Fernsehsender, die durchaus Profit machen dürfen.

Eine weitere verbreitete Strategie besteht in der Gründung von Firmen, die ihre Produkte – zu überhöhten Preisen – an die Universitäten verkaufen oder verleihen, Laborgegenstände für die medizinische Fakultät zum Beispiel. Als besonders einträglich aber gilt das Geschäft mit Immobilien. Firmen, hinter denen letztlich die gleichen Personen stehen wie hinter der Universität, vermieten dieser zu übersteuerten Preisen Gebäude und ziehen damit das Geld aus der Einrichtung. Dass die Hochschulen – wegen ihrer vermeintlichen Gemeinnützigkeit – keine Steuern zahlen, macht die Sache umso attraktiver. Ein Fall, in dem dieses System zuletzt auf dramatische Weise zutage trat, ist der der „Universidad del Mar“. Inzwischen hat die Regierung die Schließung der Universität für Anfang 2015 verfügt. Tausende Studenten haben viel Zeit und Geld investiert und stehen nun vor dem Nichts.

„Ganz ehrlich? Ich weiß nicht, was ich machen werde“, sagt Susana Giacaman. Die 29-Jährige hat an der Universidad del Mar Ernährungswissen-

schaften studiert und stand kurz vor dem Abschluss, als die Hochschule ha-varierte. Seit einem Jahr findet de facto keine Lehre mehr statt, doch die Studienkredite der jungen Frau laufen weiter. Umgerechnet rund 30.000 Euro Schulden hat sie bei verschiedenen Banken. Derzeit arbeitet sie in einer Kneipe, vier Nächte die Woche, bis morgens um fünf. Daneben wälzt sie Gerichtsakten. Giacaman hat sich an die Spitze der Studenten gestellt, die sich von den Eigentümern der Universidad del Mar um nicht weniger als ihre Zukunft gebracht fühlen. Mehrere Verfahren haben sie angestrengt. „Das war Betrug und wir werden dafür nicht bezahlen.“

Giacaman ist eine bildschöne junge Frau mit wachen, stolzen Augen, lebhaft in der Diskussion und klar in der Analyse. Sie gibt sich kämpferisch. Doch wenn sie von ihren Erfahrungen erzählt, scheint auch eine Müdigkeit durch, die kaum verwundern kann. Die Uni-Karriere der jungen Frau zeigt beispielhaft viele der Probleme und Ungerechtigkeiten auf, die das chilenische Bildungssystem prägen. Nach der Schule hatte sie zunächst einen Platz an der Universidad de Santiago ergattert, einer der renommierten öffentlichen Hochschulen. Ihr Psychologie-Studium nahm jedoch im zweiten Jahr ein jähes Ende, als ihr Onkel sich ein Haus kaufte und damit als Bürge ihres staatlichen Studienkredits – Zinssatz: sieben Prozent – ausfiel. „Ich musste mir ein günstigeres Studium suchen.“ Ihre Wahl fiel auf Ernährungswissenschaften an der Universidad del Mar. Zwar kostete der Studiengang mit drei Millionen Peso pro Jahr (rund 4.500 Euro) etwa ebenso viel wie der bisherige, doch die Privat-Uni warb mit einem hauseigenen, zinsfreien Kredit.

Viele junge Leute aus ähnlichen Verhältnissen wie Susana, deren siebenköpfige Familie zwar zur chilenischen Mittelklasse zählt, die immensen Kosten für die Hochschulbildung ihrer Kinder aber nicht aus eigenen Mitteln stemmen kann, nahmen die Gelegenheit wahr. Die Universidad del Mar, einst als kleine Regionaluniversität gestartet, wuchs binnen weniger Jahre um ein Vielfaches. Immer mehr Standorte sprossen aus dem Boden, von Punta Arenas ganz im Süden des Landes bis nach Arica im hohen Norden. Zu ihren Hochzeiten zählte die Uni mehr als 20.000 Studenten. Irgendwann stellte sich heraus, dass die Studienkredite doch an Banken weiterverkauft worden waren – plötzlich fielen Zinsen an. „Als Nächstes kamen Gerüchte auf, dass Dozenten nicht bezahlt wurden“, sagt Giacaman. War das Personal schon vorher eher mittelmäßig, nahm die Qualität weiter rapide ab. Die Frau, die zuletzt Giacamans Fakultät leitete, wurde jüngst von einem Gericht verurteilt: Sie hatte jahrelang mit falschen Zeugnissen als Ärztin praktiziert und war eigentlich Krankenschwester – in Chile ein akademischer Berufstitel, den sie per Internetstudium erlangt hatte. Zudem gab es Korruption, sagt Giacaman. Eine Kommilitonin habe nach einem Verdacht ein Gespräch aufgezeichnet, in dem ein Dozent anbot, ihr Scheine über Stu-

dienstleistungen zu verkaufen. Als eine Gruppe von Studenten um Giacaman eine Studentenvereinigung gründete, und begann, sich zu wehren, seien die jungen Leute angefeindet worden. Sie selbst habe Todesdrohungen erhalten. Um die Regierung zum Eingreifen zu drängen, hielten die Studenten ihre Fakultät zwei Monate lang besetzt. Auch dabei sei es zu Übergriffen gekommen, es sei eine Zeit großer Angst gewesen.

Giacaman erzählt all das im Café eines großen Kulturzentrums, das gleich vor der „Moneda“ liegt, dem Präsidentenpalast in Santiago. Blickte Staatsoberhaupt Sebastián Piñera aus dem Fenster, sähe er freilich nur einen weitläufigen, leeren Platz. Das Kulturareal mit Ausstellungen, Kino und Gastronomie liegt unterirdisch. Von den Regierenden unbeachtet, außerhalb ihres Blicks – so fühlt sich Giacaman auch angesichts ihrer Probleme mit der Universidad del Mar. Das Bildungsministerium hielt sich lange zurück, obwohl sich das Debakel abzeichnete. Die Hochschulen genießen in Chile weitreichende Freiheiten, staatliche Kontrolle gibt es kaum. Das gilt für die Finanzierung, in noch höherem Maße aber für die Qualität und die Inhalte der Lehre.

Zwar brauchen Universitäten für ihre Gründung eine Genehmigung und können sich später – ebenfalls wieder von privaten Anbietern – auditieren lassen und mit den Ergebnissen werben. In der weiteren Entwicklung aber und vor allem in Fragen der Gestaltung des akademischen Angebots sind sie relativ frei. Wo sie weitere Standorte eröffnen, welche Studiengänge sie auflegen, wie die Curricula aussehen und wen sie als Lehrende einstellen, ist ihnen selbst überlassen. Das hat zu absurden Phänomenen wie etwa einem Studiengang in „Kriminalistik“ geführt, der – mutmaßlich wegen der hohen Präsenz von Detektiv- und Pathologenserien im Fernsehen – unheimlich beliebt war, den aber der weitgehend einzige potenzielle Arbeitgeber, die Polizei, gar nicht anerkannte. Für Erstsemester sind die Folgen ihrer Fächerwahl und die Perspektiven eines bestimmten Studiums oft nicht überschaubar, die Qualität ist nur schwer zu beurteilen. Wenn sie sich der Mängel bewusst werden, ist es oft bereits zu spät. „Bildung ist keine Butter, die du im Supermarkt kaufst und umtauschen kannst, wenn sie schlecht ist“, höre ich in der Erinnerung Verónica Muñoz von der Studentenvereinigung der Universidad Católica sagen.

Rechtens sind Studienangebote wie das der „Kriminalistik“ durchaus, die Politik pocht auf den Grundsatz des freien Marktes. Des Falls der Universidad del Mar nahm die Regierung sich erst nach langem Drängen und öffentlichen Protesten an. „Das Ministerium und die Strafverfolgungsbehörden haben nichts unternommen, das waren allein wir Studenten und ein paar investigative Journalisten“, sagt Giacaman. Letztendlich musste Bildungsminister Harald Beyer wegen der Angelegenheit sogar seinen Hut nehmen,

doch Giacaman hält das für „Show“. Die Regierung versuche lediglich den Eindruck zu vermitteln, sie tue etwas. Auch die Zusage, den Studenten beim Wechsel an andere Unis zu helfen, sei bislang ein leeres Versprechen geblieben. „Die einzige Hilfe bestand darin, uns eine Liste mit Hochschulen zu geben.“

Aber die Uni läuft doch erst Anfang 2015 aus – könnte Giacaman ihr Studium bis dahin nicht zu Ende bringen, wo sie doch ohnehin schon in den letzten Zügen liegt? „Die Darstellung, die Uni laufe langsam aus, ist absurd“, sagt die junge Frau. „Es gibt keine Räume, keine Professoren, keinen Unterricht.“ Und selbst wenn sie den Studienabschluss, in den sie so viel investiert hat, noch erlangen könnte – welchen Wert hätte das Zertifikat einer Uni, deren Name für immer mit einem Skandal verhaftet ist und von der nun jeder in Chile weiß, dass dort so ziemlich alle wissenschaftlichen Standards verletzt und unterlaufen wurden?

Der Wechsel an eine andere Hochschule ist schwierig. Dort müssten die jungen Leute in der Regel von Neuem beginnen, schon ihre Studienleistungen der Universidad del Mar sind so gut wie wertlos. Ein kompletter Neuanfang allerdings ist für viele Kommilitonen Giacamans schon aus finanziellen Gründen nicht möglich. „Die Schulden zwingen sie, sich eine Arbeit zu suchen.“ Mit ihrer universitären Vergangenheit erfüllen die meisten von ihnen auch die Voraussetzungen für ein staatliches Stipendium nicht mehr. Sollte aus dem Gerichtsprozess etwas werden und sollten die jungen Leute eine Entschädigung bekommen, was Giacaman derzeit für unwahrscheinlich hält, käme diese Hilfe viel zu spät. „Für uns gibt es keine Lösung.“ Viele der Betroffenen, vermutet die junge Frau, werden ihr Studium niemals fortsetzen.

Aufgegeben hat Giacaman noch nicht. Der Einsatz für die Klage, ihr „juristisches Projekt“, wie sie sagt, hält sie an der Oberfläche. Gemeinsam mit einer Freundin, die Jura studiert, hat sie sich tief in die Materie eingegraben und festgestellt, wie groß das Vakuum bei der Gesetzgebung für den universitären Bereich sei. Die beiden jungen Frauen haben eine Petition verfasst, die sie einer Parlamentsabgeordneten geben wollen. Giacaman sagt, was ich nun schon oft gehört habe: „Es gibt eine Krise der Repräsentation in diesem Land, die politische Klasse steht nicht für das Volk.“ Sie verweist auf zahlreiche arme Viertel Santiagos, in denen bei der nächsten Wahl Politiker für die Parlamentswahl aufgestellt sind, die selbst in den reichsten Vororten leben – weit weg von den Menschen, die sie als Kandidat des Bezirks vermeintlich vertreten.

Wie steht Giacaman, die engagierte und zugleich so enttäuschte junge Frau, zur großen Frage von Politik oder Straße, drinnen oder draußen? „Beides ist nötig“, sagt sie. „Dass Camila Vallejo nun Michelle Bachelet als Prä-

sidentschaftskandidatin unterstützt, sorgt für Verunsicherung. In eine Partei zu gehen, ist okay, aber man darf die Basis nicht vergessen.“ Doch auch die Basis, die Studentenbewegung verliere an Glaubwürdigkeit. „Man kann nicht drei Jahre lang mit den gleichen Forderungen auf die Straße gehen.“ Viele Märsche seien nur noch „Slogans“, beklagt Giacaman. „Ich laufe trotzdem mit, aber man muss auch andere Wege beschreiten. Wir sollten uns an den Verhandlungstisch setzen.“

17. Auf der anderen Seite der Bucht

Nun könnte man hoffen, die Universidad del Mar sei ein Einzelfall, und in ihren Auswüchsen ist sie das mit Sicherheit auch. Doch die Mechanismen, die tausenden jungen Menschen das Studium und damit den Start ins Leben verleidet haben, sind systemimmanent. Vom Hauptsitz der UdM außerhalb von Viña del Mar hat man es nicht weit bis zur nächsten privaten Hochschule, hinter der ebenfalls ein kompliziertes Firmengeflecht steht. Die „Universidad del Viña del Mar“ liegt gleich auf der anderen Seite der Bucht, gewissermaßen spiegelverkehrt zu jener Uni, die nun abgewickelt wird und deren Name fast genau so klingt – bei der hohen Dichte an Hochschulen ist das Repertoire eben begrenzt. Und so wenig wie ihre Namen unterscheiden sich auch Charakter und Struktur der beiden privaten Universitäten.

Alejandro Alegre (27), der Vorsitzende der Studentenvereinigung, nimmt mich an diesem Tag mit auf den Campus, von Viña del Mar aus fahren wir die paar Kilometer mit dem komfortablen Shuttlebus, den die Uni den Studenten zur Verfügung stellt. Die Gebäude, die irgendwann auftauchen – auch das kenne ich schon – sind einfach, aber schick und modern. Die Hochschulbesitzer wissen, womit sie bei künftigen Studenten Eindruck machen können. Insbesondere bei solchen, die aus weniger gut situierten Familien ohne akademische Tradition kommen und für die ein Studium früher eigentlich keine Option gewesen wäre. Mit ihren vergleichsweise moderaten Gebühren, attraktiven Finanzierungsangeboten und hochwertiger Anmutung nehmen Hochschulen wie die Universidad de Viña del Mar solche potenziellen Kunden speziell in den Blick. An der Zusammensetzung der Studentenschaft sei das gut ablesbar, sagt Alegre. In der Uni-Zugangsprüfung, der PSU, haben nur fünf Prozent seiner Kommilitonen mehr als 600 Punkte erreicht. Mindestens 750 braucht man, um einen Platz an einer der anerkannten öffentlichen Hochschulen zu bekommen. Rund 14 Prozent der hiesigen Studenten gingen nach der Schule mit 550 bis 599 Punkten aus der Prüfung, 31 Prozent mit 500 bis 550, 29 Prozent mit 450 bis 499. Und 21 Prozent hatten sogar weniger als 450 Punkte.

Nun weiß ich inzwischen, dass die PSU nur bedingt Aufschluss über die Fähigkeiten eines jungen Menschen gibt, und dass schon auf dem Weg dorthin nach ökonomischen Kriterien selektiert wird – bei der Schulwahl, bei der Wahl eines Anbieters für die Vorbereitung auf die Prüfung. Klar ist dennoch: Hier zielt eine Universität bewusst auf jene Jugendlichen, für die ein Studium eigentlich weit weg schien und deren Familien möglicherweise viel tun würden, um ihnen diese vielversprechende Perspektive doch noch zu eröffnen. „Die meisten Studenten machen sich diesen Zusammenhang nicht klar“, sagt Alegre. Als er an die Uni kam, sei er ebenfalls wenig interessiert an den äußeren Umständen gewesen. „Ich wollte einfach nur studieren.“ Das änderte sich nach und nach, erzählt er, während er mich durch die Uni führt und zwischendurch immer mal wieder auf Details hinweist. „Da drüben ist die Fakultät für Sport, die haben schon seit Wochen keinen zuständigen Prof.“

Um mit solchen und anderen Missständen aufzuräumen, hat Alegre die Studentenvereinigung ins Leben gerufen, die es an der Uni vorher gar nicht gab. Schon die Gründung durchzusetzen, sei ein Kraftakt gewesen, sagt Alegre, und auch heute hat die Interessensvertretung nur eingeschränkte Rechte. Bei den Sitzungen der Uni-Verantwortlichen dürfe er als Vorsitzender dabei sein, aber nicht abstimmen.

Hinter der Hochschule steht ein internationales Unternehmen, das 30 Universitäten auf der ganzen Welt betreibt. Das Gebäude wiederum gehört einer anderen Firmengruppe. Dass hier etwas Ähnliches passieren, könnte wie an der Universidad del Mar am anderen Ende der Bucht, glaubt Alegre nicht. Trotzdem müsse sich dringend etwas ändern, an seiner Hochschule ebenso wie an allen anderen im Land. Die nächsten Generationen sollen nicht empfinden müssen, wie er derzeit empfindet: „Ich bin kein Student, ich bin eine Nummer – und eine Einnahmequelle.“

18. Blick zurück und nach vorn

Ende Juni 2013, etwa einen Monat nach unserem Treffen, beschließen Cristóbal López und seine Mitschüler, die Besetzung des Instituto Nacional, ihrer Schule in Santiago, zu beenden. Das chilenische Bildungssystem ist noch das gleiche, als sie das Gelände verlassen, aber der umstrittene Rektor reicht seinen Rücktritt ein.

Susana Giacaman kämpft derweil immer noch darum, dass der Zerfall der Universidad del Mar ein Fall für die Gerichte wird. Unermüdlich setzt sie sich dafür ein, dass ihre ehemaligen Kommilitonen und sie zu ihrem Recht gelangen – und das, obwohl die junge Frau feststellen muss, dass frühere

Verantwortliche der Hochschule längst neue Unternehmen im Bildungsbereich gegründet haben. Man hätte nur allzu viel Verständnis, gäbe Giacaman nach Jahren des Streits, der Petitionen und der Rückschläge desillusioniert auf, doch sie macht weiter.

Cristóbal López und Susana Giacaman sind nur zwei von vielen Jugendlichen, die mir auf meiner Reise begegnet sind und mich mit ihrer klugen Entschlossenheit tief beeindruckt haben. Dieser Generation traut man ohne Zweifel zu, die offenkundigen Missstände, die das chilenische Bildungssystem prägen, zu beseitigen.

Umso mehr gibt zu denken, dass bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November 2013 nur rund 50 Prozent der Chilenen ihre Stimme abgaben. Zum ersten Mal herrschte in dem Land keine Wahlpflicht – von dem neuen Recht sich zu verweigern machte offenbar die Hälfte der Bevölkerung Gebrauch. Auch viele junge Leute zählten dazu. Das heißt nicht zwangsläufig, dass sie gleichgültig wären oder – um das oft strapazierte Wort einmal zu gebrauchen – politikverdrossen. Im Gegenteil: Gerade die besonders stark politisierten Jugendlichen riefen dazu auf, nicht zur Wahl zu gehen. Das muss man nicht gut finden, es ist aber ein kaum zu übersehendes Zeichen dafür, dass das traditionelle Zweiparteiensystem in Chile nur noch wenig Akzeptanz hat. Es ist außerdem ein weiteres Zeichen dafür, dass es bei den Protesten um mehr geht als um das Bildungssystem. Es geht auch um Steuern, Renten, Energie, Wohnen, Arbeit. Es geht um nicht weniger als die Frage: Welche Gesellschaft wollen wir?

Michelle Bachelet, die 46 Prozent der Stimmen holte und in der Stichwahl am 15. Dezember 2013 aller Voraussicht nach zur Präsidentin gewählt werden wird, hat große Aufgaben vor sich. Eine schlichte Fortsetzung ihrer ersten Regierung in den Jahren 2006 bis 2010 kann keine Option sein. Bachelet wird einen breiten Diskurs darüber zulassen müssen, wo es hingehen soll mit Chile. Auch durch noch so umfassende Reformen wird sie die Unzufriedenheit im Lande nicht beseitigen können, wenn diese Reformen in Amtsstuben und Parteizentralen erdacht wurden. Die neue erste Frau im Staat wird viele verschiedene Gruppen und Stimmen einbinden müssen – übrigens auch die der ehemaligen Studentenfürher, von denen vier ins neue Parlament gewählt wurden, unter ihnen Camila Vallejo.